



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

**Die öffentliche Meinung in der
Bundesrepublik Deutschland zur
Verteidigungszusammenarbeit
in der Europäischen Union**

Timo Graf

Forschungsbericht 123

Oktober 2019, veröffentlicht im Februar 2020

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt ist der Autor

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam

Tel.: 0331 9714 404

E-Mail: zmsbwmilitaersoziologie@bundeswehr.org

www.zmsbw.de

© ZMSBw 2020

Projektnummer: 7133-01

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick.....	6
3	Methodisches Design der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung.....	11
4	Forschungsstand: Umfrageforschung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit	15
5	Aussagen zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU, der NATO und den Vereinten Nationen	18
6	Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit.....	25
7	Einstellungen zur Ausgestaltung einer EU-Armee.....	37
8	Einstellungen zur NATO und zur EU-Verteidigungszusammenarbeit.....	49
9	Determinanten der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit.....	56
10	Fazit	68
	Literaturverzeichnis.....	71
	Anhang.....	75

1 Einleitung

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) hat vom 25. Mai bis zum 30. Juni 2019 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland durchgeführt. Hierzu wurde ein umfassender Forschungsbericht im Dezember 2019 veröffentlicht. Der Forschungsbereich Militärsoziologie am ZMSBw wurde vom Referat FüSK III 3 im Bundesministerium der Verteidigung mit der Erstellung eines Forschungsberichts zur öffentlichen Meinung zur Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union beauftragt. Auf der Grundlage der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019 und mithilfe weiterer Umfragedaten untersucht der vorliegende Forschungsbericht die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland zu verschiedenen Aspekten der europäischen Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union.

Mit der russischen Annexion der Krim, der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA und dem bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union hat die Debatte über die Vertiefung der Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU neue Impulse erhalten. Die Bundesregierung hat sich in den letzten Jahren wiederholt für eine Stärkung der europäischen Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgesprochen. Die Mehrheit der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien bekennt sich in ihren aktuellen Parteiprogrammen ebenfalls zu diesem Ziel. Weniger Informationen liegen hingegen zur öffentlichen Meinung in Deutschland zur EU-Verteidigungszusammenarbeit vor, insbesondere zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee. Denn aktuelle, repräsentative und wissenschaftlichen Standards genügende Studien zu diesen Themen fehlen bislang. Die Ergebnisse und Analysen dieses Berichts schließen diese Forschungslücke.

Die Bevölkerungsbefragung des ZMSBw liefert die umfassendste Datenquelle zur öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland über die europäische Verteidigungszusammenarbeit. Auf Basis der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019, ergänzt durch weitere Umfragedaten, untersucht der vorliegende Forschungsbericht: (1) die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu verschiedenen Aspekten der europäischen Verteidigungszusammenarbeit, wenn möglich im Zeitverlauf; (2) Meinungsunterschiede zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen in der Bevölkerung; und (3) die Determinanten der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit. Besondere Aufmerksamkeit wird der öffentlichen Meinung zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee geschenkt.

Die öffentliche Meinung wird hier im positivistischen Sinne als die Summe individueller Meinungen verstanden, die sich empirisch durch die Erhebung repräsentativer Umfragedaten erfassen lässt (vgl. Converse 1987). Die Notwendigkeit zur empirischen Untersuchung der öffentlichen Meinung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit ergibt sich aus der Tatsache, dass die öffentliche Meinung in westlichen Demokratien einen signifikanten Einfluss auf die Politik haben kann (Burstein 1998, 2003). Dieser Wirkzusammenhang konnte auch für die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nachgewiesen werden (Holsti 1992; Isernia et al. 2002; Jacobs/Page 2005; Page/Shapiro 1983; Risse-Kappen 1991; Sobel 2001; Wittkopf 1990).¹

Eine handlungsfähige Europäische Verteidigungsunion würde den Kern der modernen nationalstaatlichen Souveränität berühren: das legitime Gewaltmonopol. Aus diesem Grund sollten die europäischen Integrationsbemühungen im Bereich der Verteidigungspolitik durch den Willen der Bürgerinnen und Bürger demokratisch legitimiert sein. Empirische Untersuchungen der öffentlichen Meinung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit im Allgemeinen und zur Schaffung einer EU-Armee im Besonderen können diesbezüglich wichtige Erkenntnisse liefern, die in den politischen Planungen und öffentlichen Debatten berücksichtigt werden sollten – nicht als finales Votum der Bevölkerung, sondern als aktuelle und wissenschaftlich fundierte Informationsbeiträge in einer sich fortlaufend entwickelnden Diskussion über die Zukunft der Verteidigung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten.

¹ Empirische Studien zeigen jedoch auch, dass insbesondere im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Stärke des Einflusses der öffentlichen Meinung auf die Politik von der Relevanz der jeweiligen Themen abhängt (Burstein 2006; Page/Shapiro 1983; Soroka 2003).

2 Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick

Forschungsstand: Umfrageforschung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit (Abschnitt 4)

- Es gibt drei repräsentative Bevölkerungsbefragungen, die wissenschaftlichen Standards genügen und regelmäßig Informationen über die öffentliche Meinung in Deutschland zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit erheben. Zwei dieser Umfragen werden von Instituten der Bundeswehr (ZMSBw und Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr, ZInfoABw) im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung durchgeführt, die dritte (Eurobarometer) im Auftrag der Europäischen Kommission.
- Fast alle wissenschaftlichen Publikationen zur öffentlichen Meinung über die EU-Verteidigungszusammenarbeit basieren auf Umfragedaten, die die sicherheitspolitischen Entwicklungen seit 2014 nicht reflektieren. Zudem ist eine Verengung der Forschungsperspektive auf die öffentliche Meinung zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu beobachten. Die Forschungsberichte und -publikationen des ZMSBw bilden eine Ausnahme.
- Die jährliche Bevölkerungsbefragung des ZMSBw bietet die umfangreichste Datenquelle zur öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland über die EU-Verteidigungszusammenarbeit im Allgemeinen und zur Schaffung einer europäischen Armee im Besonderen.

Aussagen zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischen Engagement in der EU, der NATO und den Vereinten Nationen (Abschnitt 5)

- Eine absolute Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger ist der Auffassung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU (63 Prozent) und der NATO (59 Prozent) engagieren sollte. Eine relative Mehrheit (49 Prozent) spricht sich zudem für ein vorrangiges sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement in den Vereinten Nationen aus.
- Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement in der NATO und der EU erfährt in fast allen soziodemografischen Gruppen mehrheitlich Unterstützung. Der Zuspruch zu einem vorrangigen EU-Engagement ist bei den Anhängern der AfD am geringsten ausgeprägt. Deutschlands Engagement in der NATO

wird dagegen bei den Anhängern der Linken und bei Nichtwählern eher kritisch gesehen. Ein vorrangiges sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement in den Vereinten Nationen wird von weniger als der Hälfte der untersuchten soziodemografischen Teilgruppen mehrheitlich befürwortet.

- Die relativ hohen Zustimmungswerte zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in allen drei Organisationen und die positiven statistischen Zusammenhänge zwischen diesen Einstellungen können insgesamt als Ausdruck des prinzipiellen Zuspruchs der Bevölkerung zum Multilateralismus als außen- und sicherheitspolitischem Leitprinzip gedeutet werden.

Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit (Abschnitt 6)

- Die deutsche Bevölkerung steht der EU-Verteidigungszusammenarbeit insgesamt sehr positiv gegenüber: 69 Prozent unterstützen die GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) und 55 Prozent befürworten das Auftreten der EU als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur.
- Eine relative Mehrheit von 46 Prozent stimmt der Aussage zu, dass die EU eine gemeinsame europäische Armee haben sollte. Andere repräsentative Umfragen weisen für Deutschland nochmals höhere Zustimmungswerte aus: 55 Prozent (Eurobarometer aus dem Jahr 2017) und 59 Prozent (ZInfoABw-Medienresonanzanalyse aus dem Jahr 2018).
- In allen soziodemografischen Gruppen der deutschen Bevölkerung ist die Zustimmung zur GSVP am größten, gefolgt von der Zustimmung zum Auftreten der EU als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur und, letztlich, zur Schaffung einer EU-Armee. Signifikante Einstellungsunterschiede bestehen insbesondere zwischen den verschiedenen Wählergruppen. Die Zustimmung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit fällt bei den Befragten mit einer Wahlpräferenz für die AfD insgesamt am geringsten aus.
- Die Eurobarometer-Daten weisen im Betrachtungszeitraum 2010–2018 eine öffentliche Zustimmung in Deutschland zur GSVP von stets mindestens 80 Prozent aus. Die Daten des ZInfoABw zeigen, dass die Zustimmung zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee von 34 Prozent im Jahr 2013 auf 57 Prozent im Jahr 2014 gestiegen ist und sich seitdem zwischen 52 und 59 Prozent bewegt.

- Der Vergleich mit den anderen 27 Mitgliedstaaten der EU zeigt, dass die öffentliche Zustimmung in Deutschland zur Schaffung einer gemeinsamen EU-Armee mit einem Wert von 55 Prozent exakt dem Durchschnitt der EU-28 entspricht (Eurobarometer aus dem Jahr 2017). Der deutsche Zustimmungswert zur GSVP ist mit 87 Prozent der zweithöchste in der gesamten EU (Eurobarometer aus dem Jahr 2018).

Einstellungen zur Ausgestaltung einer EU-Armee (Abschnitt 7)

- Hinsichtlich der zukünftigen Organisation der Streitkräfte in Europa ist eine relative Mehrheit von 44 Prozent für den Aufbau dauerhafter und gesamteuropäisch organisierter Streitkräfte: 12 Prozent sprechen sich für die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee anstelle nationaler Streitkräfte aus und 32 Prozent unterstützen den Aufbau einer europäischen Armee parallel zu den nationalen Streitkräften. 38 Prozent der Befragten wünschen sich eine enge Kooperation nationaler Streitkräfte und 11 Prozent präferieren eine rein nationale Organisation von Streitkräften.
- Insbesondere zwischen den Wählergruppen bestehen signifikante Präferenzunterschiede hinsichtlich der zukünftigen Organisation der Streitkräfte innerhalb Europas. Auffällig ist die relativ starke Präferenz der AfD-Anhänger für eine rein nationale Organisation der Streitkräfte.
- Eine absolute Mehrheit der Bundesbürger ist davon überzeugt, dass durch die Schaffung einer europäischen Armee ein Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa geleistet werden könnte, sich der Zusammenhalt Europas stärken ließe, Europa mehr Einfluss in der Welt hätte (alle 55 Prozent Zustimmung), die Leistungsfähigkeit im Vergleich zu den nationalen Armeen vergrößert würde (54 Prozent Zustimmung) und sich die Abhängigkeit Europas von den USA in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verringern würde (51 Prozent Zustimmung).
- Eine relative Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger befürchtet, dass die Schaffung einer europäischen Armee das europäische Einigungsprojekt militarisieren (45 Prozent Zustimmung) und die Gefahr eines weltweiten Wettrüstens vergrößern würde (43 Prozent) sowie, dass Deutschland einen Teil seiner politischen Unabhängigkeit verlieren würde (41 Prozent).
- Uneins sind sich die Bundesbürger hingegen, ob Deutschland durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee Kosten sparen würde und ob es zu mehr Streitigkeiten zwischen den Staaten Europas kommen würde.
- Die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee wird von den Befragten, die die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte ablehnen, signifikant stärker unterstützt als von Befürwortern der parlamentarischen Kontrolle.

Meinungen zur NATO und zur EU-Verteidigungszusammenarbeit (Abschnitt 8)

- Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist der Überzeugung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig in der NATO engagieren sollte (59 Prozent Zustimmung) und auch weiterhin der NATO angehören muss, um seine Sicherheit zu gewährleisten (72 Prozent Zustimmung).
- Die Zustimmung zur EU-Verteidigungskooperation wächst mit der Unterstützung für Deutschlands NATO-Mitgliedschaft: Die NATO-Fürsprecher in der deutschen Bevölkerung unterstützen die EU-Verteidigungszusammenarbeit stärker als die NATO-Gegner.
- Die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2018 hat zudem gezeigt, dass 64 Prozent der Bundesbürger der Auffassung sind, dass die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten bleibt, auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten. Nur 30 Prozent der Befragten glauben dagegen, dass die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren hat, weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen. Ein Vergleich zwischen den soziodemografischen Gruppen sowie den Wählergruppen zeigt, dass in allen untersuchten Teilgruppen absolute Mehrheiten die NATO als das zukünftig wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten sehen.

Determinanten der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit (Abschnitt 9)

- Die Einstellung der Befragten zur EU-Verteidigungszusammenarbeit wird maßgeblich durch drei Variablen positiv beeinflusst: durch die Zustimmung zum Einsatz militärischer Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik (Militarismus) und zum Multilateralismus als außen- und sicherheitspolitische Leitprinzipien sowie durch die Verbundenheit mit der EU.
- Auch die Einstellung zu Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO hat einen statistisch signifikanten positiven Effekt, selbst wenn die Einstellung der Befragten zum Multilateralismus in der Analyse kontrolliert wird: NATO-Befürworter sind der EU-Verteidigungszusammenarbeit gegenüber positiver eingestellt als NATO-Gegner, unabhängig von ihrer Einstellung zum Multilateralismus.

- Auch der Wunsch nach einer außenpolitischen Emanzipation von den USA und die Wahrnehmung, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der USA den Zusammenhalt in der NATO gefährden, stärken den Zuspruch zur EU-Verteidigungszusammenarbeit.
- Die Zustimmung zur parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte, die persönliche Haltung zur Bundeswehr und das Bedrohungsgefühl durch Russland haben keinen oder nur einen marginalen Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit.

3 Methodisches Design der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung

Der vorliegende Forschungsbericht basiert primär auf den Umfragedaten, die durch das ZMSBw im Rahmen der Bevölkerungsbefragung erhoben wurden. In der jährlich durchgeführten ZMSBw-Bevölkerungsbefragung werden seit 1996 ausgewählte Variablen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in gleicher oder ähnlicher Form erhoben.² Dies ermöglicht es, Aussagen über Stabilität und Wandel der gemessenen Einstellungen zu treffen.³

Auswahlverfahren

Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit⁴ definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig, sodass jedes Element der Grundgesamtheit die gleiche Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Dieses Verfahren ermöglicht es, inferenzstatistische Berechnungen durchzuführen, d.h. die Messzahlen der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu beziehen und den dabei gemachten Fehler bestimmen zu können.⁵ Je größer dieser Fehler ist, desto breiter ist das Vertrauensintervall, das den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit abdeckt (vgl. Tabelle 3.1).

Da es in Deutschland kein öffentliches Verzeichnis von Privathaushalten gibt, wurde die Auswahl der Elemente der Stichprobe in einem mehrstufig geschichteten Verfahren getroffen. Dabei wurden im ersten Schritt Sample-Points abgegrenzt (d.h. das Gebiet der

² Bis 2012 führte das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) die Befragungen durch. Bei älteren Umfragen wird im Folgenden nicht explizit darauf hingewiesen, dass die Daten vom SOWI stammen. Die Forschungsberichte zu den Bevölkerungsbefragungen des SOWI und des ZMSBw sind online verfügbar: <https://opus4.kobv.de/opus4-zmsbw/solrsearch/index/search/searchtype/series/id/8> (SOWI); <https://opus4.kobv.de/opus4-zmsbw/solrsearch/index/search/searchtype/series/id/3> (ZMSBw).

³ Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine Querschnittsuntersuchung, d.h. die für die Studie relevanten Merkmale der interessierenden Grundgesamtheit wurden einmalig und zeitgleich gemessen. Aussagen über Einstellungsänderungen beziehen sich daher auf die Aggregatebene der Gesamtheit aller Befragten (ähnlich eines Trenddesigns).

⁴ Die Grundgesamtheit sind alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen gemacht werden sollen.

⁵ Gemeint ist hier der Stichprobenfehler, also die Streuung der Stichprobenkennwerte um den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter). Der Fehler ist abhängig vom Stichprobenumfang und der Streuung der Werte in der Grundgesamtheit.

Bundesrepublik Deutschland wurde in etwa 53.000 Flächen unterteilt), daraus anschließend Haushalte nach dem Random-Route-Prinzip⁶ sowie im letzten Schritt die Zielperson im Haushalt nach dem Geburtstagsschlüssel⁷ ausgewählt.

Tabelle 3.1: Vertrauensintervall für Stichproben

Anteilswert des Merkmals (p)	Stichprobenumfang (n)									
	100	250	500	750	1.000	1.250	1.500	1.750	2.000	2.500
5	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0
10	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
15	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
20	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
25	10,0	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
30	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
35	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
40	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
45	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
50	11,6	7,3	5,2	4,2	3,7	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
55	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
60	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
65	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
70	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
75	10,0	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
80	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
85	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
90	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
95	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0

Anmerkungen: Lesebeispiel: Bei einem Stichprobenumfang von 2.500 Fällen und einem Merkmalsanteil von 25 Prozent liegt der wahre Wert in der Grundgesamtheit (mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent) im Bereich von 23 (25 - 2) bis 27 Prozent (25 + 2). Weitere Werte lassen sich mit folgender Formel berechnen:

$$P_i = 1,64 * \sqrt{2} * \sqrt{\frac{p*(1-p)}{n}}$$

⁶ Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt innerhalb des Sample-Points wurde jeder dritte Haushalt ausgewählt (Begehungsregel).

⁷ Hierbei wurde diejenige im Haushalt lebende und zur Grundgesamtheit gehörende Person befragt, die zuletzt Geburtstag hatte (Verfahren zur Zufallsauswahl).

Datenerhebungstechnik und Feldphase

Ein erster Entwurf des standardisierten Fragebogens wurde am ZMSBw entwickelt. Die Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und die Datenerhebung wurden durch das externe Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH durchgeführt. Die für die Bevölkerungsbefragung zuständigen Mitarbeiter des ZMSBw, u.a. der Autor dieses Forschungsberichts, standen vor und während der gesamten Feldphase in engem Kontakt zu Ipsos. Der Pretest umfasste 51 Interviews, die im Zeitraum vom 14. bis 20. Mai 2019 unter realen Feldbedingungen in allen Bundesländern mit Ausnahme Thüringens durchgeführt wurden. Zusätzlich fanden am 7. Mai 2019 in einem Befragungsstudio in Berlin vier weitere Interviews statt, ein sogenannter Studio-Pretest. Die Interviews wurden von den zuständigen Mitarbeitern des ZMSBw aus einem Nebenraum verfolgt. Auf der Basis dieser beiden Teile des Pretests erfolgten Anpassungen des Fragebogens, etwa bei der genauen Formulierung einzelner Items oder den Hilfestellungen für die Interviewer im Fragebogen.

Im Rahmen computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) wurden in einem Zeitraum von etwa fünf Wochen (25. Mai bis 30. Juni 2019) 2.474 Nettointerviews durch 264 erfahrene und geschulte Interviewer durchgeführt. Die Interviews dauerten im Mittel 54 Minuten. Die kürzeste Interviewdauer betrug 19 Minuten, die längste 193 Minuten. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet⁸ (vgl. Tabelle 3.2), um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen.

Während der Feldphase erfolgte durch Ipsos eine kontinuierliche Kontrolle der Interviews. Diese Kontrollen wurden postalisch durchgeführt und schlossen Fragen zu Thema, Zeitpunkt und Länge des Interviews ein. Zudem wurde gefragt, ob das Interview ordnungsgemäß am Laptop stattfand. So wurden 30 Prozent der Nettointerviews kontrolliert (Ipsos 2019).

⁸ Die Gewichtungsfaktoren reichen dabei von 0,20 bis 3,55 ($\bar{x} = 1,00$; $sd = 0,47$).

Tabelle 3.2: Grundgesamtheit und Stichprobe

	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		Gewichtet	Ungewichtet
Geschlecht			
Männer	49	49	49
Frauen	51	51	51
Alter			
16 bis 19 Jahre	5	8	6
20 bis 29 Jahre	14	12	14
30 bis 39 Jahre	14	14	14
40 bis 49 Jahre	16	16	16
50 bis 59 Jahre	19	19	18
60 bis 69 Jahre	14	14	14
70 Jahre und älter	18	18	18
Bildungsabschluss			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	32	33	31
Realschulabschluss	32	34	44
Hauptschulabschluss oder niedriger	36	33	28
Region			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	16	16	16
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	20	20	20
Süddeutschland (BW, BY)	29	29	29
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	35	35	35

Anmerkung: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da sie gerundet wurden.

Datenbasis: Grundgesamtheit: Sollvorgaben aus dem Tageszeitungsdatensatz der Ipsos-Mediaanalyse aus dem Jahr 2018; Stichprobe: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

4 Forschungsstand: Umfrageforschung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit

Die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung wird seit 1996 durchgeführt und stellt damit die längste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar. Seit 2016 beinhalten die Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw jährlich Einstellungsfragen zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU (z.B. zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, GSVP). Seit 2017 wird außerdem die Einstellung zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee abgefragt und seit 2018 werden zusätzlich die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Organisation der Streitkräfte in Europa ermittelt.⁹ In diesem Jahr wurde zudem erfasst, wie die Befragten zu verschiedenen Argumenten für und gegen die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee stehen. Die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung enthält außerdem eine Vielzahl von Variablen, die die Einstellungen der Befragten zu den genannten Aspekten der europäischen Verteidigungszusammenarbeit partiell erklären können, wie z.B. die außenpolitischen Grundorientierungen der Befragten oder ihre Verbundenheit mit der EU. Die Breite der Fragestellungen und die große Zahl möglicher Erklärungsvariablen machen die ZMSBw-Bevölkerungsumfrage mit Blick auf das Untersuchungsthema zu einer einzigartigen Datenquelle.

Neben der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung existieren zwei weitere repräsentative, regelmäßig durchgeführte und wissenschaftlichen Standards genügende Bevölkerungsumfragen, die Informationen über die Einstellungen der Bundesbürger zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit enthalten: die Eurobarometer-Umfragen im Auftrag der Europäischen Kommission und die Bevölkerungsbefragung („Medienresonanzanalyse“) des Zentrums Informationsarbeit Bundeswehr (ZInfoABw).

Die regulären Eurobarometer-Umfragen (die sogenannten Standard Eurobarometer) werden zweimal im Jahr mit wechselnden Themenschwerpunkten und einer gewissen Anzahl von Standardfragen durchgeführt. Diese Umfragen erfassen auch die Meinung zur GSVP. Die Standard Eurobarometer werden nach Bedarf durch sogenannte Special Eurobarometer ergänzt. Die jüngste Eurobarometer-Umfrage mit einem erweiterten Fragenkatalog zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit wurde im April 2017 durchgeführt und erfasste neben der Meinung zur GSVP auch die Einstellung zur Schaffung einer EU-Armee (Special Eurobarometer 461). Nach einer bestimmten Embargozeit werden die

⁹ Die Forschungsberichte zu den ZMSBw-Bevölkerungsbefragungen sind online verfügbar: <https://opus4.kobv.de/opus4-zmsbw/solrsearch/index/search/searchtype/series/id/3>.

Datensätze der Eurobarometer-Umfragen über die Onlinedatenbank des GESIS-Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.¹⁰ Der Datensatz des erwähnten Special Eurobarometer 461 ist bis dato nicht öffentlich zugänglich. Sekundäranalysen durch die wissenschaftliche Öffentlichkeit sind somit noch nicht möglich. Die deskriptiven Ergebnisse des Special Eurobarometer 461 zur GSVP und EU-Armee werden im vorliegenden Forschungsbericht dargestellt und dienen zur Ergänzung der ZMSBw-Umfragedaten.¹¹ Der grundsätzliche Mehrwert der Eurobarometer-Umfragedaten liegt in der Vergleichbarkeit der Umfrageergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten der EU und weniger in der Möglichkeit, komplexe, länderspezifische Analysen mit möglichst vielen Erklärungsvariablen durchzuführen.

Das ZInfoABw führt im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung alljährlich eine „Medienresonanzanalyse“ durch, die auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage das Mediennutzungsverhalten der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger sowie deren subjektive Wahrnehmung der medialen Darstellung der Bundeswehr untersucht. Diese Umfrage beinhaltet ebenfalls Fragen zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit. Im direkten Vergleich zur ZMSBw-Umfrage fehlen jedoch viele Erklärungsvariablen. Dieser Umstand ist der Tatsache geschuldet, dass die ZInfoABw-Umfrage einen anderen thematischen Fokus hat und nicht dazu dient, ein umfassendes sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild zu erheben – im Gegensatz zur ZMSBw-Bevölkerungsbefragung. Die Daten der ZInfoABw-Umfrage stehen Bundeswehrexternen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht zur Verfügung. Eine systematische Auswertung dieser Umfragedaten zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit bzw. entsprechende Berichte oder Publikationen durch ZInfoABw sind nicht bekannt. Zur Ergänzung der ZMSBw-Daten wurden die Daten des ZInfoABw der Jahre 2013–2018 für den vorliegenden Forschungsbericht ausgewertet.¹²

Der Mangel an aktuellen, frei zugänglichen und wissenschaftlichen Standards entsprechenden Umfragedaten zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit wirkt sich unmittelbar auf die empirische Forschungsliteratur aus. Da nur die Primärdaten der Eurobarometer-Umfragen der wissenschaftlichen Community für Sekundäranalysen frei zur Verfügung stehen, diese aber nur gelegentlich Fragen zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit enthalten, die über die GSVP hinausgehen, beschränken sich die meisten empirischen Analysen auf eben diesen Aspekt der EU-Verteidigungszusammenarbeit

¹⁰ <https://www.gesis.org/eurobarometer-data-service/survey-series/standard-special-eb/>

¹¹ Der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Forschungsbericht „Designing Europe’s Future: Security and Defence“ zum Special Eurobarometer 461 ist unter folgendem Link abrufbar: <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/78778>

¹² Die Primärdaten der ZInfoABw-Bevölkerungsbefragungen („Medienresonanzanalyse“) wurden dem Forschungsbereich Militärsoziologie am ZMSBw durch ZInfoABw zur Verfügung gestellt. Die Nutzung der Daten richtet sich nach der Zentralen Dienstvorschrift A/600-1, hier besonders Punkt 3075.

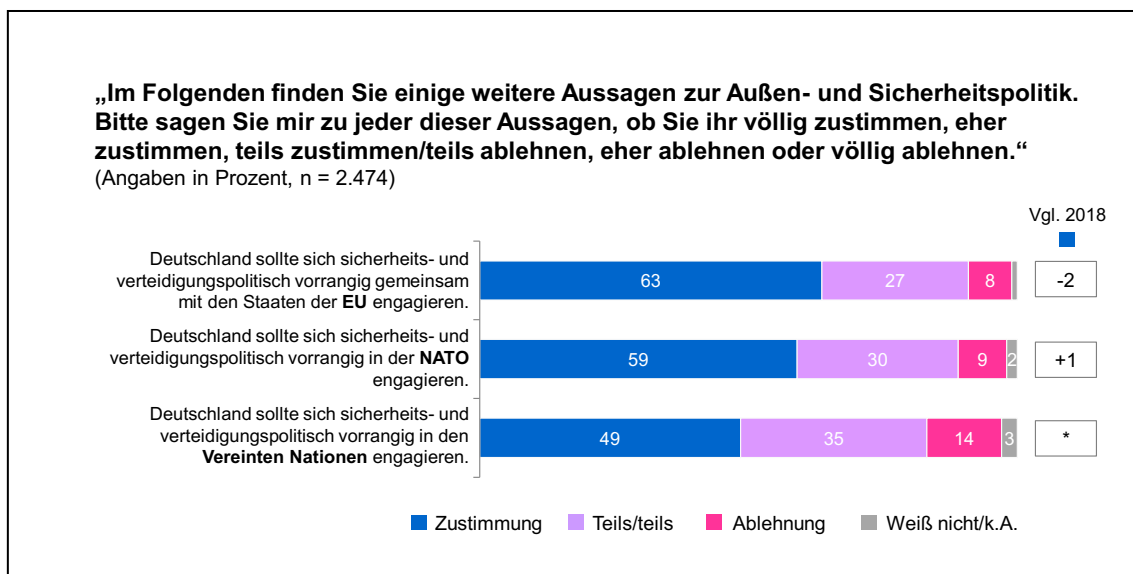
(z.B. Kentmen 2010; Peters 2014). So ist auch zu erklären, dass es kaum empirische Analysen zur öffentlichen Meinung über die Schaffung einer europäischen Armee gibt (Ausnahmen: Graf 2018; Steinbrecher 2018). Die nahezu exklusive Nutzung der Eurobarometer-Daten in Verbindung mit deren Mangel an Erklärungsvariablen hat außerdem dazu geführt, dass überhaupt nur wenige Erklärungsansätze empirisch überprüft werden konnten (Irongelle et al. 2015: 371). Die meisten empirischen Arbeiten sind zudem rein deskriptiver Natur (z.B. Kernic et al. 2002; Koenig 2017; Wagner 2005), d.h. sie betrachten lediglich die Ausprägung der Variablen, untersuchen aber nicht mögliche Wirkungszusammenhänge mithilfe multivariater statistischer Analyseverfahren (z.B. den Einfluss der Verbundenheit mit der EU auf die Einstellung zur GSVP). Die wenigen multivariaten Analysen, die es gibt, basieren überwiegend auf alten Umfragedaten, die die sicherheitspolitischen Veränderungen seit 2014 nicht reflektieren (z.B. Irongelle et al. 2015; Mader 2015; Ausnahmen: Graf 2018; Steinbrecher 2018) oder weit vor 2014 veröffentlicht wurden (Schoen 2008). Diese Studien können kein aktuelles Meinungs- bzw. Lagebild mehr zeichnen und können relevante Erklärungsfaktoren, wie z.B. die Bedrohungsperzeption durch Russland, nicht berücksichtigen (Steinbrecher 2018: 241). Abschließend ist noch festzustellen, dass die meisten multivariaten Analysen (z.B. Irongelle et al. 2015; Schoen 2008; Steinbrecher 2018; Ausnahme: Graf 2018) auf sogenannten „gepoolten“ Datensätzen basieren, d.h. die Umfragedaten aus mehreren Ländern werden nicht getrennt voneinander analysiert, sondern gemeinsam. Diese Studien lassen keine länderspezifischen Rückschlüsse und Empfehlungen zu. Überhaupt fällt auf, dass es kaum empirische Analysen speziell zur öffentlichen Meinung in Deutschland über die europäische Verteidigungszusammenarbeit gibt (Ausnahmen: Endres 2018; Graf 2018).

Der vorliegende Forschungsbericht stellt die umfassendste und aktuellste empirische Analyse der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland zur EU-Verteidigungszusammenarbeit im Allgemeinen und zur Schaffung einer EU-Armee im Besonderen dar. Die Tiefenanalyse der ZMSBw-Umfragedaten wird dabei durch die deskriptive Auswertung der Eurobarometer- und ZInfoABw-Umfragedaten ergänzt. Wo immer möglich, werden Entwicklungen im Zeitverlauf dargestellt. Insgesamt wird so die angedeutete Forschungslücke in diesem Themenfeld geschlossen.

5 Aussagen zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU, der NATO und den Vereinten Nationen

Die Sicherheit, die Freiheit und der Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland hängen maßgeblich von der Stabilität der regelbasierten internationalen Ordnung ab. Eines der Ziele deutscher Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist es deshalb, diese internationale Ordnung zu stärken. Deutschland verfolgt dieses Ziel unter anderem durch sein Engagement in verschiedenen internationalen Organisationen. Drei der wichtigsten Organisationen zur Wahrung der internationalen Sicherheit und regelbasierten Ordnung sind die Europäische Union (EU), die Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) und die Vereinten Nationen (VN). Die Teilnehmer der Bevölkerungsbefragung wurden deshalb nach ihrer Einstellung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU, NATO und den VN gefragt (siehe Abbildung 5.1).

Abbildung 5.1: Einstellungen zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU, der NATO und den VN



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018. *Hinweis: Item wurde 2019 zum ersten Mal erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Eine klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist der Überzeugung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU (63 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018) und in der NATO (59 Prozent; +1

Prozentpunkt) engagieren sollte. Eine relative Mehrheit von 49 Prozent (2019 zum ersten Mal abgefragt) unterstützt Deutschlands vorrangiges sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement in den Vereinten Nationen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger präferiert also Deutschlands vorrangiges Engagement in jenen Organisationen, die primär zur Sicherheit Europas beitragen und erst in einem zweiten Schritt auch zur globalen Sicherheit.¹³

Die Einstellungen der Befragten zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in allen drei Organisationen korrelieren statistisch signifikant und positiv miteinander.¹⁴ Je mehr also Deutschlands Engagement in einer der drei Organisationen befürwortet wird, desto eher wird auch das Engagement in den anderen beiden Organisationen unterstützt. Die hohen Zustimmungswerte zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in allen drei Organisationen und die signifikanten Korrelationen zwischen diesen Einstellungen können als Ausdruck des prinzipiellen Zuspruchs der Bevölkerung zum Multilateralismus als außen- und sicherheitspolitischem Leitprinzip gedeutet werden.

Diese Interpretation lässt sich empirisch stützen: Die Bevölkerungsbefragung des ZMSBw enthält ein Item, das die Einstellung der Befragten zum Multilateralismus als außen- und sicherheitspolitischer Grundorientierung unmittelbar erfasst. Die Teilnehmer wurden nach ihrer Einstellung zu der Aussage „Bei einer internationalen Krise sollten sich Deutschland und seine Verbündeten auf eine gemeinsame Haltung einigen“ gefragt.¹⁵ Die Einstellung zum Multilateralismus weist positive und signifikante Korrelationen zu den Einstellungen zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU ($r = 0,41$; $p < 0,001$), der NATO ($r = 0,36$; $p < 0,001$) und den VN ($r = 0,23$; $p < 0,001$) auf. Je

¹³ Die Befragten konnten die Aussagen zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU, der NATO und den VN unabhängig voneinander beantworten, d.h. eine Rangfolge (Ranking) wurde nicht abgefragt. Dennoch standen die drei Aussagen in Beziehung zueinander, da sie in der gleichen Itembatterie zu beantworten waren und die Formulierung „vorrangig“ eine relative Bewertung bzw. Abwägung erforderte. Auf der Grundlage dieser relativen Bewertung lässt sich eine Rangfolge ermitteln.

¹⁴ Die Pearson-Korrelation zwischen der Einstellung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der NATO und der EU beträgt $r = 0,26$ ($p < 0,001$). Für den Zusammenhang zwischen Engagement in der EU und den VN ist $r = 0,28$ ($p < 0,001$). Hinsichtlich des Engagements in den VN und der NATO beträgt $r = 0,43$ ($p < 0,001$).

¹⁵ Grundsätzlich können zwei Formen des Multilateralismus unterschieden werden (vgl. Rüländ 2018). Die erste Form manifestiert sich in der Schaffung dauerhafter internationaler Organisationen und Institutionen, die die Verrechtlichung internationaler Beziehungen zum Ziel haben („principled multilateralism“). Die zweite Form manifestiert sich in der Bildung von Ad-hoc-Koalitionen, die exklusiv den Interessen der Koalitionsmitglieder dienen („diminished multilateralism“). In der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw wird am ehesten der „diminished multilateralism“ erfasst, da in dem entsprechenden Item die Abstimmung mit Verbündeten im Kontext einer internationalen Krise thematisiert wird und nicht die Unterstützung oder der Aufbau dauerhafter multilateraler Organisationen bzw. Institutionen.

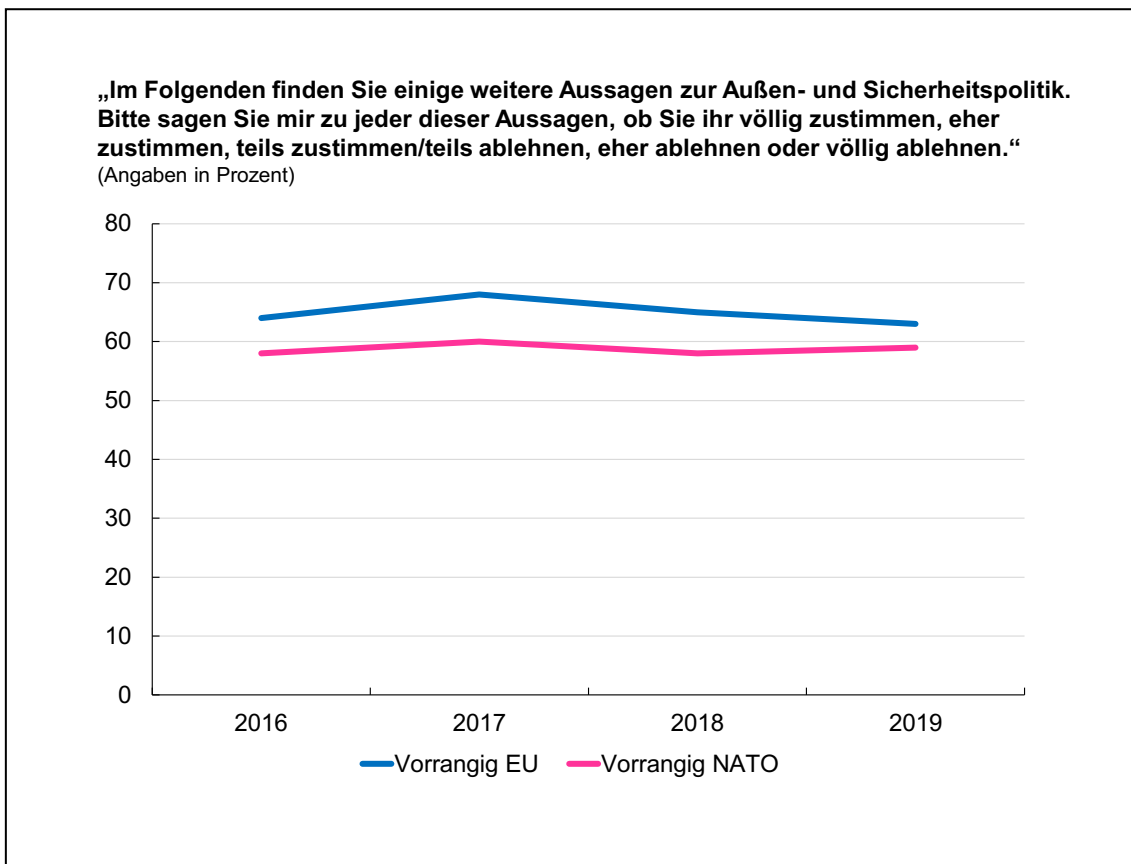
mehr die Befragten also eine multilaterale Ausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik begrüßen, desto eher befürworten sie auch Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement in der EU, der NATO und den VN.

Aus diesem Befund lässt sich zudem ableiten, dass die öffentliche Meinung in Deutschland der offiziellen Haltung nicht entgegensteht, nach der Deutschlands verteidigungspolitisches Engagement in der EU und der NATO als komplementär betrachtet werden (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2016: 49–50, 67). Weiterführende Analysen zum Verhältnis zwischen der öffentlichen Meinung zur NATO einerseits und zur EU-Verteidigungskooperation andererseits finden sich in Abschnitt 8.

Zustimmung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der NATO und der EU im Zeitvergleich

Die Einstellung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in den Vereinten Nationen wurde in der diesjährigen ZMSBw-Bevölkerungsbefragung zum ersten Mal erhoben und lässt somit keinen Zeitvergleich zu. Die öffentliche Meinung zum deutschen Engagement in der NATO und der EU wird seit 2016 erhoben, was eine Darstellung im Zeitverlauf ermöglicht (vgl. Abbildung 5.2). Hierbei werden drei Befunde deutlich: *Erstens*, Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement in der EU und der NATO wurde im Betrachtungszeitraum immer von einer klaren Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet. *Zweitens*, Deutschlands Engagement in der EU erfuhr im gesamten Betrachtungszeitraum höhere Zustimmungswerte als das NATO-Engagement. Aus den höheren Zustimmungswerten für die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit Deutschlands mit den Staaten der EU lässt sich hier jedoch nicht ableiten, dass die Bürgerinnen und Bürger die NATO generell für weniger wichtig für die Sicherheit Deutschlands halten als die Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU. Denn die Ergebnisse in Abschnitt 8 zeigen, dass eine klare Mehrheit der Bundesbürger die NATO als das auch zukünftig wichtigste Verteidigungsbündnis der westlichen Staaten betrachtet. *Drittens*, ein Anstieg (oder Absinken) in der öffentlichen Zustimmung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU ging im gesamten Betrachtungszeitraum stets mit einem parallelen Anstieg (oder Absinken) in der Zustimmung zum NATO-Engagement einher. Die positive Beziehung zwischen der öffentlichen Meinung zu Deutschlands Engagement in der NATO einerseits und in der EU andererseits zeigt sich somit auch im Zeitverlauf. Diese drei Befunde verdeutlichen in der Gesamtschau, dass es sich hierbei nicht um tagespolitische Präferenzen handelt, sondern um stabile und fundierte Einstellungen.

Abbildung 5.2: Zustimmung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU und der NATO im Zeitvergleich



Anmerkungen: „Vorrangig EU“: Deutschland sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU engagieren. „Vorrangig NATO“: „Deutschland sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig in der NATO engagieren.“ Die Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2016–2019.

Zustimmung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU, der NATO und den VN in soziodemografischen Gruppen

Zwischen den soziodemografischen Gruppen sowie den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung bestehen einige signifikante Unterschiede in der Zustimmung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU, der NATO und den VN. Die Ergebnisse in Tabelle 5.1 zeigen, dass sich absolute Mehrheiten in allen Bevölkerungsgruppen für ein vorrangiges Engagement gemeinsam mit den Staaten der EU aussprechen. Mit Ausnahme der Nichtwähler (45 Prozent) und der Befragten mit einer Wahlpräferenz für Die Linke (49 Prozent) genießt auch Deutschlands Engagement in der NATO in allen Teilgruppen die Zustimmung einer absoluten Mehrheit. Deutschlands Engagement in den VN wird hingegen mehrheitlich nur von bestimmten Teilgruppen unterstützt. Hierzu gehören: Männer (53 Prozent Zustimmung), Befragte im Alter von 30 bis 69 Jahren (51–53 Prozent), Anhänger der SPD (58 Prozent), der Grünen (52 Prozent)

und der AfD (52 Prozent) sowie Westdeutsche (55 Prozent) und Befragte mit Migrationshintergrund (56 Prozent).

Zwischen Männern und Frauen besteht ein signifikanter Unterschied in der Zustimmung zu Deutschlands Engagement in den Vereinten Nationen, wobei die Zustimmung bei den Frauen geringer ausfällt (45 Prozent) als bei den Männern (53 Prozent). Jüngere Befragte (16–29 Jahre) stimmen Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU und den VN weniger zu als ältere Befragte. Zwischen den Gruppen mit unterschiedlichem Bildungs- und Einkommensniveau zeigen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede – mit Ausnahme einer höheren Zustimmung der mittleren Einkommensgruppe (2.001 bis 4.000 Euro) zu Deutschlands Engagement in der NATO.

Vor allem zwischen den Wählergruppen treten statistisch signifikante Meinungsunterschiede zutage. Betrachtet man diese Unterschiede im Detail, so fällt bei der Zustimmung zum deutschen sicherheits- und verteidigungspolitischen Engagement in der EU der große Unterschied zwischen den AfD-Anhängern (50 Prozent) und den Anhängern der SPD (71 Prozent) auf (vgl. Tabelle 5.1). Die AfD-Anhänger gehören zu den wenigen Teilgruppen, die Deutschlands vorrangiges Engagement in den VN mehrheitlich begrüßen (52 Prozent). Sie sind sogar die einzige Gruppe, die das VN-Engagement stärker befürwortet als Deutschlands EU-Engagement (50 Prozent). Die größte Unterstützung erfährt bei den AfD-Anhängern jedoch Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement in der NATO (56 Prozent). Letzteres wird dagegen von den Anhängern der Linken (49 Prozent Zustimmung) sowie von Nichtwählern (45 Prozent) eher kritisch gesehen, während alle anderen Wählergruppen diesem mehrheitlich zustimmen. Befragte mit einer Wahlpräferenz für Die Linke (40 Prozent Zustimmung) sowie Nichtwähler (41 Prozent Zustimmung) bewerten zudem das sicherheits- und verteidigungspolitische Engagement Deutschlands in den VN teilweise deutlich kritischer als die übrigen Wählergruppen. Auffällig ist, dass die Anhänger der SPD von allen Wählergruppen das sicherheits- und verteidigungspolitische Engagement Deutschlands in allen drei Organisationen am stärksten unterstützen.

Tabelle 5.1: Zustimmung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungs-politischem Engagement in der EU, der NATO und den VN in soziodemografischen Gruppen

<p>„Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. Deutschland sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig [gemeinsam mit den Staaten der EU] / [in der NATO] / [in den Vereinten Nationen] engagieren.“ (Angaben in Prozent)</p>			
	Zustimmung: EU	Zustimmung: NATO	Zustimmung: VN
Insgesamt	63	59	49
Geschlecht	n.s.	n.s.	**
Männer	64	61	53
Frauen	63	58	45
Alter	*	n.s.	**
16 bis 29 Jahre	57	54	41
30 bis 49 Jahre	65	62	53
50 bis 69 Jahre	66	60	51
70 Jahre und älter	64	60	45
Bildungsniveau	n.s.	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	67	62	50
Realschulabschluss	63	57	49
Hauptschulabschluss	64	61	51
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	**	n.s.
4.001 Euro und mehr	65	58	47
2.001 bis 4.000 Euro	64	62	51
Bis 2.000 Euro	61	54	47
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***
CDU/CSU	66	64	49
SPD	71	72	58
AfD	50	56	52
FDP	69	67	44
Die Linke	69	49	40
Bündnis 90/Die Grünen	67	63	52
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	55	45	41
Region	*	**	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	62	61	49
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	67	54	43
Süddeutschland (BW, BY)	66	58	46
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	60	62	55
Migrationshintergrund	*	*	**
Ja	69	65	56
Nein	63	58	48

Anmerkungen: Die Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Die regionalen Meinungsunterschiede sind ebenfalls statistisch signifikant. Ein vorrangiges Engagement in der EU wird stärker von den Bürgerinnen und Bürgern in Ost- und Süddeutschland präferiert als von jenen in Nord- und Westdeutschland. Letztere begrüßen dagegen ein vorrangiges Engagement in der NATO stärker als die Menschen in Ost- und Süddeutschland. Die Westdeutschen befürworten das Engagement in der NATO (62 Prozent) sogar stärker als das in der EU (60 Prozent). Für ein vorrangiges sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement in den Vereinten Nationen sprechen sich mehrheitlich nur die Bürger in Westdeutschland aus (55 Prozent). Auffällig ist, dass Deutschlands Engagement in der NATO und den VN bei den Menschen in Ostdeutschland die geringste Zustimmung erfährt, das Engagement in der EU dagegen die größte Zustimmung. Insgesamt lassen die Bürger in Ostdeutschland damit die klarste Präferenz für das sicherheits- und verteidigungspolitische Engagement Deutschlands in der EU erkennen.

Abschließend ist zu erwähnen, dass Menschen mit Migrationshintergrund das Engagement Deutschlands in allen drei Organisationen statistisch signifikant stärker befürworten als Menschen ohne Migrationshintergrund, wobei die Rangfolge EU-NATO-VN auf beide Gruppen gleichermaßen zutrifft.

6 Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit

Die Europäische Union veröffentlichte im Jahr 2016 die European Union Global Strategy. Dieses höchste außen- und sicherheitspolitische Strategiedokument der EU benennt die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik als eines der vorrangigen Handlungsfelder der EU, um die europäische Integration voranzutreiben und die Sicherheit der EU-Bürger auch in Zukunft gewährleisten zu können. Die Bundesregierung teilt diese Auffassung und strebt deshalb als Fernziel die Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion an (Bundesministerium der Verteidigung 2016: 73).

Aktuell findet die europäische Verteidigungszusammenarbeit in unterschiedlichen Formaten statt, etwa im Rahmen der EU (z.B. EU Battle Groups) und der NATO (z.B. Framework Nations Concept), auf der Grundlage bilateraler Kooperationen zwischen einzelnen Staaten (z.B. Deutsch-Französische Brigade) oder in Form multinationaler Kooperationen außerhalb der Strukturen von NATO und EU (z.B. Europäische Interventionsinitiative, EI2). Darüber hinaus besteht selbst in originären EU-Initiativen, wie z.B. der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (englisch: Permanent Structured Cooperation, PESCO) oder den EU Battle Groups, die Möglichkeit zur freiwilligen Teilnahme von Nicht-EU-Ländern, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Hinzu kommt, dass bestimmte EU-Initiativen (z.B. PESCO) und Nicht-EU-Strukturen (z.B. NATO) und -Initiativen (z.B. EI2) aufeinander abgestimmt werden (sollen), um unnötige Dopplungen hinsichtlich des Auftrags, der Organisation und der Ressourcen zu vermeiden. Viele der unterschiedlichen Maßnahmen und Strukturen, die die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit im Allgemeinen und der militärischen Kooperation im Besonderen zum Ziel haben, stehen somit in Beziehung zueinander. Es gibt also mehrere sich parallel und teilweise auch gemeinsam entwickelnde Initiativen und Strukturen zur Stärkung und Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit, aber nicht „die“ europäische Verteidigungszusammenarbeit. Die Zusammenarbeit europäischer Länder (sowohl Mitgliedstaaten der EU als auch Nichtmitglieder) in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im institutionellen Rahmen der EU ist daher nur eine Facette einer umfassenderen Entwicklung. Mit genau diesem Teilaspekt der europäischen Verteidigungszusammenarbeit befassen sich die nachfolgenden Untersuchungen.

Seit 2017 hat die Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU große Fortschritte gemacht. Ende 2017 beschlossen 25 EU-Mitgliedstaaten die PESCO, die eine engere Kooperation im Bereich der Verteidigung ermöglicht. So wurden im Rahmen von PESCO

bereits 34 Einzelprojekte zur militärischen Fähigkeitsentwicklung initiiert (Stand: Oktober 2019). Ebenfalls im Jahr 2017 wurde der Europäische Verteidigungsfonds (englisch: European Defence Fund, EDF) ins Leben gerufen, der die gemeinschaftliche Entwicklung und Beschaffung neuer Rüstungsgüter in Europa unterstützen soll. Erste konkrete Rüstungsprojekte werden bereits durch den EDF kofinanziert (z.B. European MALE RPAS, auch bekannt als „Eurodrohne“). Für den Zeitraum 2019–2020 stehen Fördermittel im Umfang von 525 Millionen Euro zur Verfügung. Für den Zeitraum 2021–2027 ist ein EDF-Budget von insgesamt 13 Milliarden Euro vorgesehen. Zusätzlich nehmen seit 2017 alle EU-Mitgliedstaaten an der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung teil (englisch: Coordinated Annual Review on Defence, CARD), in der sie sich gegenseitig über ihre Verteidigungsausgaben und Planungsvorhaben unterrichten.

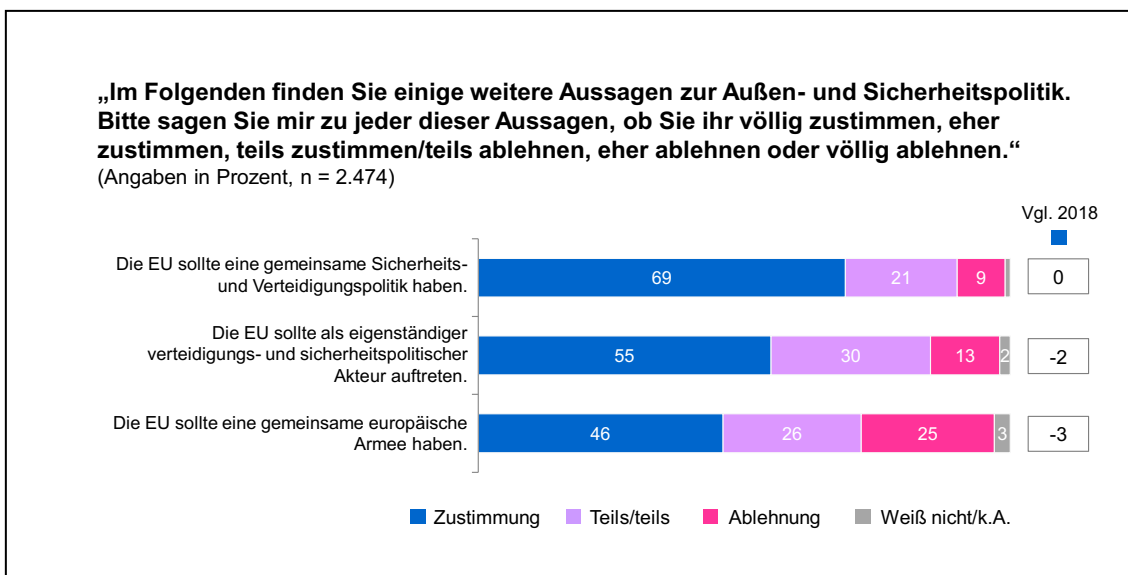
Ungeachtet dieser Entwicklungen war es nicht das Ziel der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung, die öffentliche Meinung zu konkreten EU-Initiativen wie PESCO oder dem EDF zu untersuchen, sondern die Meinung zu abstrakteren Konzeptionen der EU-Verteidigungszusammenarbeit zu erfassen. Diese Entscheidung wurde getroffen, da nicht anzunehmen ist, dass PESCO, EDF und CARD einem größeren Teil der deutschen Bevölkerung bekannt sind. Eine explizite Abfrage der Meinung zu diesen Initiativen würde mit großer Wahrscheinlichkeit „nonattitudes“ produzieren, d.h. Antworten trotz eigentlicher Meinungslosigkeit, und somit zu nicht reliablen Messergebnissen führen (vgl. Converse 1974; Norpoth/Lodge 1985).¹⁶

Wie die Ergebnisse in Abbildung 6.1 verdeutlichen, steht die deutsche Bevölkerung der europäischen Verteidigungskooperation in der EU positiv gegenüber. Eine klare Mehrheit vertritt die Auffassung, dass die EU eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben sollte (69 Prozent Zustimmung; keine Veränderung im Vergleich zu 2018) und als eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur auftreten sollte (55 Prozent; -2 Prozentpunkte). Nur eine Minderheit von 9 bzw. 13 Prozent lehnt diese Aussagen ab. Eine relative Mehrheit von 46 Prozent spricht sich zudem dafür aus, dass die EU eine gemeinsame europäische Armee haben sollte (-3 Prozentpunkte), während dies von einem Viertel der Befragten abgelehnt wird.¹⁷

¹⁶ Man könnte sich diesem Problem aber zumindest nähern, indem die Zustimmung zu konkreten EU-Initiativen bzw. -Strukturen durch allgemein formulierte Aussagen erfasst wird, z.B. im Falle des Europäischen Verteidigungsfonds: „Die Europäische Union sollte die gemeinschaftliche Entwicklung und Beschaffung neuer Rüstungsgüter finanziell unterstützen.“

¹⁷ Das Konzept der „europäischen Armee“ wurde in der Umfrage an dieser Stelle nicht näher definiert. Daher bleibt unklar, aus welchen Teilstreitkräften die „EU-Armee“ bestehen sollte. Durch die fehlende Definition ergibt sich eine zweite konzeptionelle Unklarheit in Bezug auf die Organisation der Streitkräfte: Sollte eine gemeinsame europäische Armee parallel zu den nationalen Streitkräften existieren oder diese sogar ersetzen? Die Präferenz der Bevölkerung hinsichtlich der *Organisation* von Streitkräften in Europa wird in Abschnitt 7 untersucht.

Abbildung 6.1: Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass einzig die Aussage zur Schaffung einer EU-Armee eine Perspektive benennt, die tatsächlich eine Weiterentwicklung in der europäischen Verteidigungszusammenarbeit gegenüber dem Status quo bedeuten würde, denn die EU verfügt bereits über eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und tritt als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur in Erscheinung (z.B. EUTM-Mali).¹⁸ Hinsichtlich dieser zwei Aspekte erfasst die Formulierung „die EU sollte“ folglich, welches Maß an weiterer Integration aus Sicht der Bevölkerung gewünscht ist und wieviel Entscheidungsgewalt die EU gegenüber den Mitgliedstaaten genießen sollte. Vor diesem Hintergrund kommt der Aussage zur EU-Armee eine besondere Bedeutung zu, denn sie stellt eine mögliche Vision oder Perspektive der europäischen Verteidigungszusammenarbeit zur Abstimmung, die über den Status quo der Kooperation

¹⁸ Seit 2016 erfasst die jährlich durchgeführte und repräsentative Bevölkerungsbefragung („Medienresonanzanalyse“) des ZInfoABw die Einstellung der Bundesbürger u.a. zu Folgendem: „Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Europäischen Union zu bzw. lehnen sie ab? Die deutsch-französische Zusammenarbeit, wie sie z.B. zur Stabilisierung Malis stattfindet, ist ein Vorbild für die zukünftige europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.“ Die Zustimmung (Anteile „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst) zu dieser Aussage betrug 2016 52 Prozent, 2017 54 Prozent und 2018 58 Prozent.

hinausgeht und die Frage nach der Bereitschaft zur Integration von Verteidigungsstrukturen stellt.¹⁹ Eine genauere Untersuchung der öffentlichen Meinung zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee erfolgt in Abschnitt 7.

Zustimmung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit in soziodemografischen Gruppen

Zwischen den soziodemografischen Gruppen sowie den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung gibt es statistisch signifikante Unterschiede in der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit (vgl. Tabelle 6.1).

Hinsichtlich der Aussage zur GSVP zeigen sich signifikante Einstellungsunterschiede zwischen den Altersgruppen, den Wählergruppen, den Regionen sowie zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund. Die Zustimmung zur GSVP nimmt mit dem Alter der Befragten zu und ist in der jüngsten Altersgruppe (16 bis 29 Jahre) am geringsten (60 Prozent). Diese Beobachtung trifft auch auf die Zustimmung zu den zwei anderen Aussagen zur EU-Verteidigungskooperation zu, obgleich die Meinungsunterschiede in diesen beiden Punkten zwischen den Altersgruppen nicht statistisch signifikant sind. Insgesamt betrachtet, stehen somit die jüngeren Bürgerinnen und Bürger der EU-Verteidigungszusammenarbeit skeptischer gegenüber als die älteren. Unter den Wählergruppen fällt die Zustimmung zur GSVP bei den Anhängern der AfD (60 Prozent) und den Nichtwählern (61 Prozent) am geringsten aus. Befragte mit einer Wahlpräferenz für die CDU/CSU (75 Prozent), SPD (73 Prozent) oder Bündnis 90/Die Grünen (73 Prozent) befürworten die Aussage, dass die EU eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben sollte, am stärksten. Der Vergleich zwischen den Regionen zeigt, dass Ost- (75 Prozent) und Süddeutsche (73 Prozent) die GSVP eher befürworten als Nord- (69 Prozent) und Westdeutsche (62 Prozent). Befragte mit einem Migrationshintergrund sprechen sich signifikant stärker für die GSVP aus (77 Prozent) als Befragte ohne Migrationshintergrund (68 Prozent). Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie den Bildungs- und Einkommensgruppen sind nicht statistisch signifikant.

¹⁹ Die kritischen Anmerkungen zum Konzept der „europäischen Armee“ in Fußnote 17 sind auch hier zu berücksichtigen.

Tabelle 6.1: Zustimmung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit in soziodemografischen Gruppen

<p>„Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. Die EU sollte eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben. [GSVP] Die EU sollte als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur auftreten. [EU als Akteur] Die EU sollte eine gemeinsame europäische Armee haben. [EU-Armee]“ (Angaben in Prozent, n = 2.474)</p>			
	Zustimmung: GSVP	Zustimmung: EU als Akteur	Zustimmung: EU-Armee
Insgesamt	69	55	46
Geschlecht	n.s.	***	n.s.
Männer	69	60	47
Frauen	69	51	46
Alter	***	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	60	49	44
30 bis 49 Jahre	69	57	49
50 bis 69 Jahre	72	58	44
70 Jahre und älter	73	56	49
Bildungsniveau	n.s.	n.s.	*
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	69	55	46
Realschulabschluss	69	55	45
Hauptschulabschluss	71	58	50
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.	*
4.001 Euro und mehr	69	60	52
2.001 bis 4.000 Euro	70	55	47
Bis 2.000 Euro	66	53	45
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***
CDU/CSU	75	60	50
SPD	73	59	56
AfD	60	49	36
FDP	65	61	49
Die Linke	71	59	37
Bündnis 90/Die Grünen	73	57	48
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	61	47	42
Region	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	69	58	53
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	75	58	39
Süddeutschland (BW, BY)	73	59	54
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	62	50	41
Migrationshintergrund	*	n.s.	n.s.
Ja	77	55	50
Nein	68	56	46

Anmerkungen: Die Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

In Bezug auf die Aussage zur EU als eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur bestehen statistisch signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen, den Wählergruppen sowie den Regionen. Männer (60 Prozent) befürworten das Auftreten der EU als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur signifikant stärker als Frauen (51 Prozent). Die Anhänger der AfD (49 Prozent) und die Befragten ohne Parteipräferenz bzw. Nichtwähler (47 Prozent) begrüßen das Auftreten der EU als eigenständiger Akteur weniger stark als die Anhänger der übrigen Parteien. Der Vergleich zwischen den Regionen zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger in Westdeutschland (50 Prozent) die EU als eigenständigen Akteur weniger stark befürworten als jene in den anderen Regionen. Die Einstellungsunterschiede zwischen den Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund sind nicht statistisch signifikant.

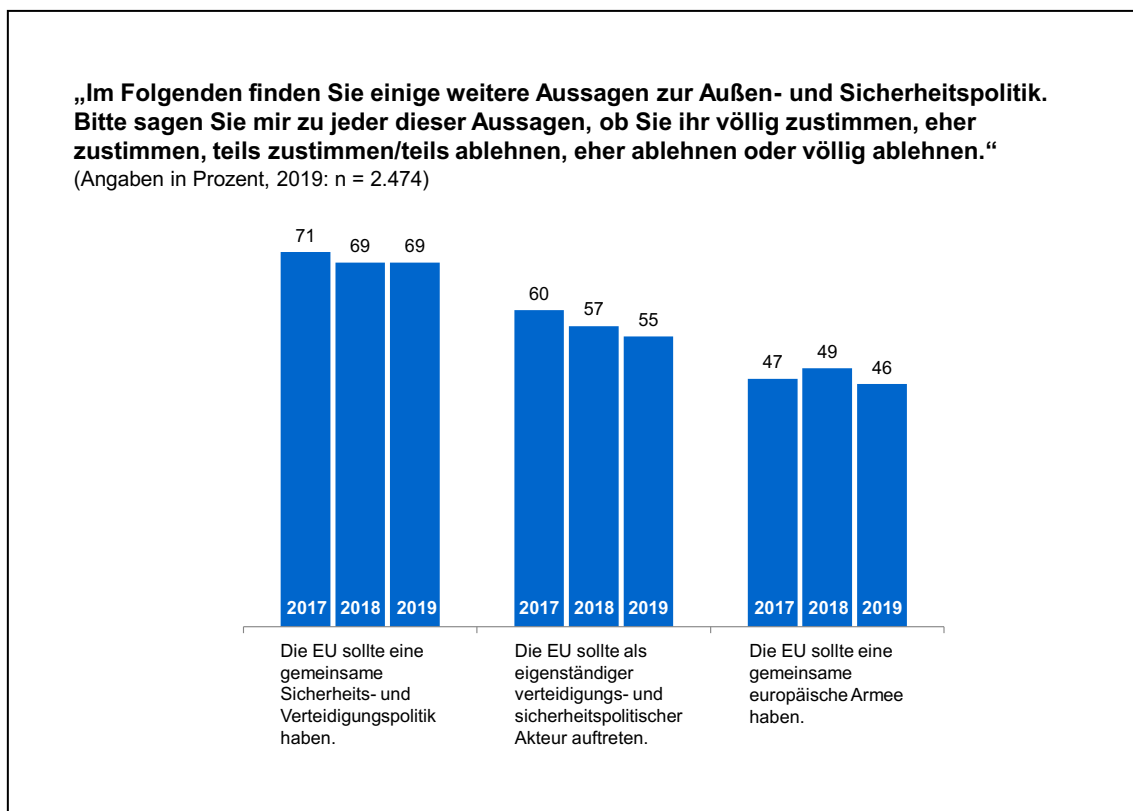
Die Einstellungen zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee unterscheiden sich statistisch signifikant zwischen den Bildungs-, Einkommens- und Wählergruppen sowie den Regionen. Eine gemeinsame europäische Armee wird stärker von Befragten mit Hauptschulabschluss unterstützt (50 Prozent) als von jenen mit höheren Bildungsabschlüssen. Die Zustimmung zur EU-Armee steigt linear mit dem Einkommen der Befragten an. Bei den Wählergruppen zeigt sich, dass die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee nur unter den Anhängern der SPD (56 Prozent) und CDU/CSU (50 Prozent) mehrheitsfähig ist. Die Anhänger der AfD (36 Prozent) und der Linken (37 Prozent) sowie die Nichtwähler (42 Prozent) weisen die geringsten Zustimmungswerte auf. Im Vergleich zwischen den Regionen zeigt sich, dass in Nord- (53 Prozent Zustimmung) und Süddeutschland (54 Prozent) eine absolute Mehrheit der Befragten die Schaffung einer EU-Armee unterstützt, während die Zustimmung der Befragten in West- (41 Prozent) und Ostdeutschland (39 Prozent) deutlich geringer ausfällt. Die Einstellungsunterschiede zwischen den übrigen soziodemografischen Teilgruppen sind nicht statistisch signifikant.

In der Gesamtschau fällt auf, dass die Aussage zur GSVP in allen untersuchten soziodemografischen Teilgruppen die Zustimmung einer absoluten Mehrheit erfährt. Für die Aussage zur EU als eigenständiger Akteur gilt das in nahezu allen Teilgruppen und für die Aussage zur EU-Armee nur in wenigen Teilgruppen. Die Zustimmung zur GSVP ist in allen untersuchten Teilgruppen am größten, gefolgt von der Zustimmung zum Auftreten der EU als eigenständiger Akteur und, letztlich, zur EU-Armee.

Zustimmung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit im Zeitvergleich, 2017–2019

Die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung erhebt die Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit seit 2017. Die öffentliche Zustimmung zur GSVP und zur EU-Armee stagniert seit 2017 (vgl. Abbildung 6.2), während der Zuspruch zum Auftreten der EU als eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur leicht abgenommen hat (-5 Prozentpunkte, 2017 zu 2019).²⁰ Im gesamten Zeitraum 2017–2019 war die Zustimmung zur GSVP am größten, gefolgt von der Zustimmung zum Auftreten der EU als eigenständiger Akteur und zur Schaffung einer EU-Armee.

Abbildung 6.2: Zustimmung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit im Zeitvergleich, 2017–2019



Anmerkung: Die Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2017–2019.

²⁰ Die ZInfoABw-Bevölkerungsbefragungen der Jahre 2016–2018 erfassten ebenfalls die Einstellung der Befragten zu der Aussage „Die EU sollte als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur auftreten“. Die Zustimmungswerte („stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ zusammengefasst) lagen 2016 bei 54 Prozent, 2017 bei 57 Prozent und 2018 bei 60 Prozent. Die Unterschiede zwischen den Zustimmungswerten der ZInfoABw- und ZMSBw-Umfragen liegen in den Jahren 2017 und 2018 allerdings im Bereich des statistischen Messfehlers, d.h. sie können alleine durch die unterschiedlichen Größen der Stichproben bedingt sein (siehe Stichprobenfehler, vgl. Tabelle 3.1); ZInfoABw/ZMSBw: n = 1.502/2.508 im Jahr 2017 und n = 1.501/2.464 im Jahr 2018.

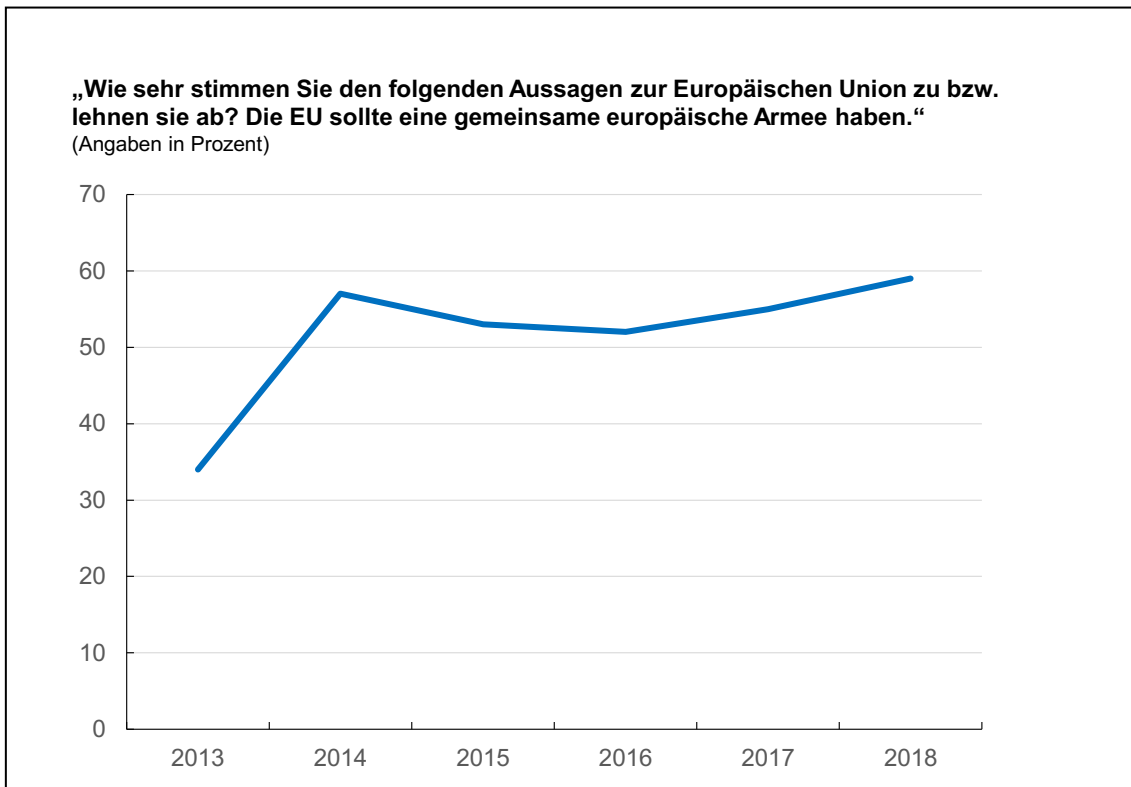
ZInfoABw: Zustimmung zur EU-Armee im Zeitvergleich, 2013–2018

Die jährlich durchgeführte, repräsentative Bevölkerungsbefragung des ZInfoABw erfasst seit 2013 die öffentliche Meinung in Deutschland über die Schaffung einer europäischen Armee. Die Zustimmung zur EU-Armee fällt in den ZInfoABw-Umfragen höher aus als in den ZMSBw-Umfragen (vgl. Abbildung 6.3).²¹ Demnach befürwortet seit 2014 eine absolute Mehrheit der Befragten die Schaffung einer EU-Armee. Der positive Trend, den die ZInfoABw-Umfragedaten insbesondere für die letzten Jahre aufzeigen, bildet sich in den ZMSBw-Umfragedaten nicht ab.

Die ZInfoABw-Daten zeigen zudem einen starken Anstieg in der öffentlichen Zustimmung zur EU-Armee im Jahr 2014 gegenüber 2013. Die Gründe für diesen sprunghaften Anstieg um 23 Prozentpunkte innerhalb eines Jahres lassen sich auf Basis der ZInfoABw-Umfragedaten nicht bestimmen. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die Befragung im Winter 2014 durchgeführt wurde, also – im Gegensatz zur ZMSBw-Bevölkerungsbefragung – bereits nach der russischen Annexion der Krim im Februar und März 2014.

²¹ Das jeweilige Item zur EU-Armee ist in den Umfragen vom ZInfoABw und ZMSBw identisch formuliert: „Die EU sollte eine gemeinsame europäische Armee haben.“ Die Antwortskalen sind in beiden Fällen 5er-Likert-Skalen mit sehr ähnlichen Formulierungen der Antwortoptionen. Auch die Erhebungsart (Computer Assisted Personal Interviews, CAPI) ist in beiden Fällen gleich und kann deshalb ebenfalls als Ursache für die unterschiedlichen Zustimmungswerte ausgeschlossen werden. In beiden Fällen handelt es sich um Zufallsstichproben, obgleich sich die Stichprobengrößen deutlich unterscheiden: Für das Jahr 2017 gilt für ZMSBw $n = 2.508$ und für ZInfoABw $n = 1.502$; für 2018: ZMSBw $n = 2.464$ und ZInfoABw $n = 1.501$. Wie bereits erwähnt (vgl. Fußnote 20), hat die Größe der Stichprobe Auswirkungen auf die Genauigkeit der Schätzung der Zustimmungswerte zur EU-Armee in der Grundgesamtheit. Je größer die Stichprobe ist, desto geringer ist der Stichprobenfehler und damit das Fehlerintervall um den aus der Stichprobe ermittelten Wert. Die Differenz in der Stichprobengröße könnte hier jedoch nicht allein die Differenz von 8 (2017) bzw. 10 Prozentpunkten (2018) in der Zustimmung zur EU-Armee erklären. Da die durch ZInfoABw ermittelten Zustimmungswerte zur EU-Armee in beiden Vergleichsjahren (2017 und 2018) über den Zustimmungswerten der ZMSBw-Umfrage liegen, kann auch der Unterschied im Erhebungszeitraum (ZMSBw: Sommer; ZInfoABw: Winter) als Ursache ausgeschlossen werden, obgleich Schwankungen in kurzen Zeiträumen auftreten können. Ein möglicher Grund für die unterschiedlichen Zustimmungswerte könnte jedoch die unterschiedliche Platzierung der entsprechenden Aussage zur EU-Armee innerhalb der Fragebögen sowie innerhalb unterschiedlicher Fragebatterien sein. Derartige Effekte werden in der Umfrageliteratur auch als Reihenfolgeeffekte bezeichnet (vgl. McFarland 1981; Strack 1992). In der ZMSBw-Umfrage erfolgt die Abfrage des entsprechenden Items im Rahmen einer Itembatterie, die mehrere und thematisch sehr unterschiedliche Fragen zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik enthält. Die Abfrage in der ZInfoABw-Umfrage erfolgt dagegen im Kontext einer Itembatterie, die ausschließlich Aussagen zur *europäischen* Verteidigungszusammenarbeit enthält; eine „Vermischung“ mit anderen Themen findet hier also nicht statt. Außerdem wird die entsprechende Itembatterie in der ZInfoABw-Umfrage durch den folgenden Satz eingeleitet: „Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Europäischen Union zu bzw. lehnen sie sie ab?“ Dieser einleitende Satz betont die „europäische“ Dimension und Perspektive der Fragestellung, während der einleitende Satz in der ZMSBw-Umfrage dies nicht macht.

Abbildung 6.3: Zustimmung zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee im Zeitvergleich, 2013–2018



Anmerkung: Die Anteile „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZInfoABw 2013–2018.

Eurobarometer: Zustimmung zur EU-Armee im europäischen Vergleich, 2017

Die Eurobarometer-Umfragen im Auftrag der Europäischen Kommission erfassten in den Jahren 2015 (Eurobarometer 84.3) und 2017 (Eurobarometer 87.2 bzw. Special Eurobarometer 461) die öffentliche Meinung in allen 28 EU-Mitgliedstaaten zur Schaffung einer europäischen Armee. Die deskriptive Auswertung dieser Daten zeigt, dass die öffentliche Zustimmung zur EU-Armee in Deutschland im Jahr 2017 genau dem Durchschnitt der EU-28 entsprach (55 Prozent) und im Vergleich zu 2015 um 5 Prozentpunkte gestiegen war (vgl. Tabelle 6.2).²²

²² In den Eurobarometer-Umfragen werden den Umfrageteilnehmern nur zwei Antwortoptionen vorgegeben: „dafür“ oder „dagegen“. In der ZMSBw-Umfrage wird die Einstellung zur EU-Armee auf einer 5er-Likert-Skala erfasst, die die Antwortoption „teils/teils“ als neutrale Antwortoption beinhaltet. Anders als in der ZMSBw-Umfrage können die Teilnehmer der Eurobarometer-Umfragen also keine ambivalente Einstellung zum Ausdruck bringen. Die entsprechende Methodenliteratur und die Forschung des ZMSBw zeigen, dass der Anteil positiver Antworten im Falle von Antwortskalen ohne neutrale Mittelkategorie höher ist, weil die Befragten nicht auf die Mittelkategorie ausweichen können (vgl. Höfig 2015; Schuman/Presser 1996: 161ff.; Worcester/Burns 1975). Die Ergebnisse der Eurobarometer- und der ZMSBw-Umfragen sind deshalb nicht direkt miteinander vergleichbar.

Tabelle 6.2: Zustimmung zur EU-Armee im europäischen Vergleich, 2017

„Bitte sagen Sie mir im Hinblick auf die Zukunft der EU, ob Sie für oder gegen folgenden Vorschlag sind: Die Gründung einer europäischen Armee.“ (Angaben in Prozent)				
	Veränderung „Dafür“ im Vergleich zu 2015	Dafür	Dagegen	Weiß nicht
1. Niederlande	+6	74	25	1
2. Belgien	+1	74	25	1
3. Litauen	+3	71	25	4
4. Bulgarien	+9	70	17	13
5. Luxemburg	+4	68	28	4
6. Rumänien	-3	65	28	7
7. Frankreich	+3	65	30	5
8. Slowenien	+8	64	33	3
9. Zypern	+19	63	33	4
10. Ungarn	+2	63	33	4
11. Polen	0	61	29	10
12. Slowakei	+9	60	33	7
13. Tschechien	+2	59	37	4
14. Lettland	-3	59	36	5
15. Italien	0	56	37	7
16. Kroatien	-7	56	41	3
17. Deutschland	+5	55	39	6
18. EU 28	+2	55	39	6
19. Malta	-6	55	37	8
20. Dänemark	+8	52	44	4
21. Spanien	+2	49	43	8
22. Griechenland	+1	48	47	5
23. Estland	-8	48	42	10
24. Irland	+9	46	49	5
25. Österreich	+2	45	49	6
26. Portugal	+1	45	42	13
27. Finnland	-2	42	56	2
28. Schweden	+6	40	58	2
29. Großbritannien	+5	39	55	6

Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

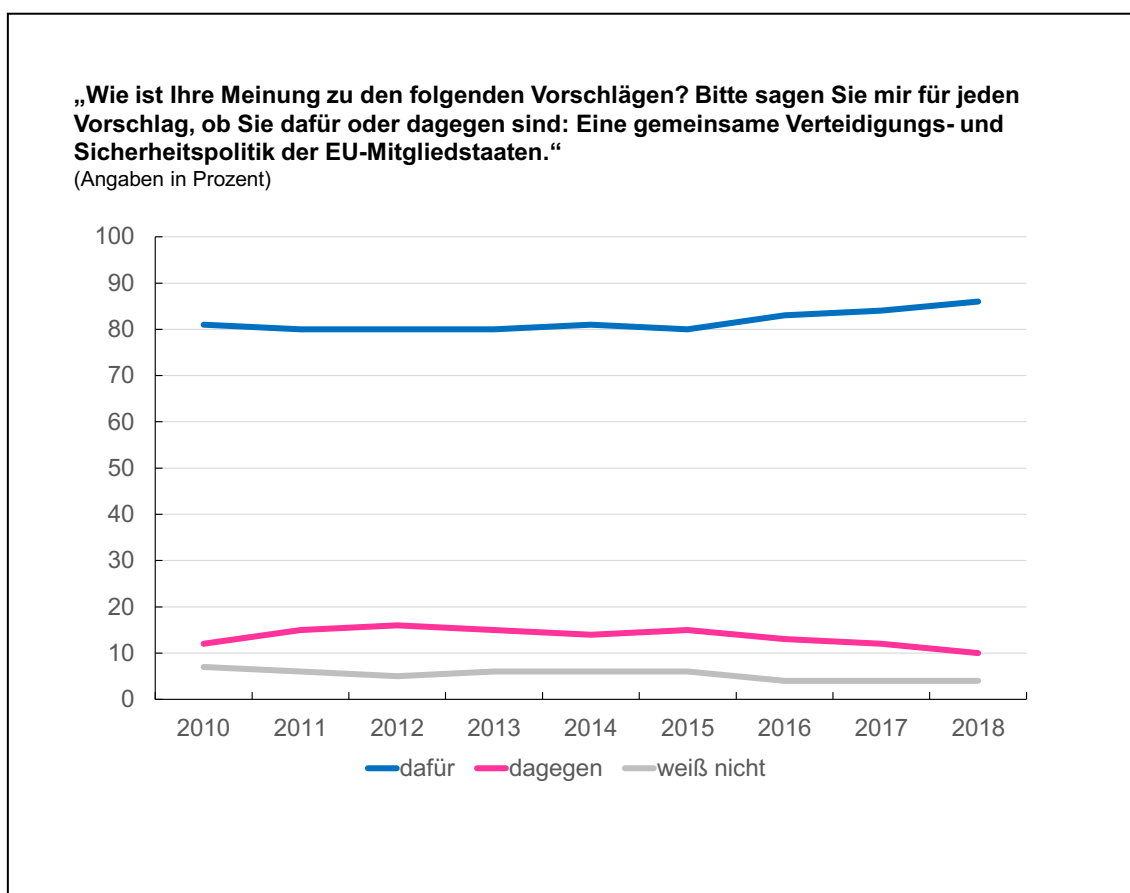
Datenbasis: Eurobarometer 84.3 (2015); Special Eurobarometer 461 bzw. Eurobarometer 87.2 (2017).

Eurobarometer: Zustimmung zur GSVP im Zeitvergleich, Deutschland, 2010–2018

Die längste Zeitreihe zur öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) liefern die Eurobarometer-Umfragen. Die deskriptive Auswertung dieser Daten ergibt, dass die öffentliche Zustimmung zur GSVP in Deutschland im Betrachtungszeitraum 2010–2018 niemals 80 Prozent unterschritt und nur geringfügigen Schwankungen unterlag (vgl. Abbildung 6.4). In den Jahren 2010–2015 stagniert die Zustimmung zur GSVP. Seit 2015 hat die öffentliche Zustimmung zur GSVP in Deutschland um 6 Prozentpunkte zugenommen und

erreichte im Jahr 2018 einen vorläufigen Höchstwert von 86 Prozent.²³ Die russische Annexion der Krim im Jahr 2014 scheint demnach keinen wesentlichen Einfluss auf die öffentliche Zustimmung zur GSVP gehabt zu haben, da in den Jahren 2014 und 2015 keine signifikanten Änderungen im Meinungsbild gegenüber 2013 zu beobachten sind. Ein Anstieg der Zustimmungswerte ist erst seit 2016 zu beobachten. In den Jahren 2015 und 2016 erreichte die Ankunft von Flüchtlingen in Europa und insbesondere in Deutschland ihren Höhepunkt. Das Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der EU fand im Juni 2016 statt. Ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Anstieg in der öffentlichen Zustimmung zur GSVP und den genannten Ereignissen kann mit den Eurobarometer-Umfragedaten nicht überprüft werden.

Abbildung 6.4: Zustimmung zur GSVP im Zeitvergleich, Deutschland, 2010–2018



Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Eurobarometer 2010–2018.

²³ Die in Abbildung 6.4 dargestellten Zustimmungswerte für die einzelnen Jahre sind Prozentwerte, die auf der Grundlage der jeweils halbjährlich durchgeführten Standard Eurobarometer-Umfragen berechnet wurden. Der Zustimmungswert von 87 Prozent in Tabelle 6.3 basiert dagegen auf der aktuellsten Eurobarometer-Umfrage (EB 90.3) vom November 2018 und ist somit ein Einzelwert.

Eurobarometer: Zustimmung zur GSVP im europäischen Vergleich, 2018

Die aktuellsten und frei zugänglichen Eurobarometer-Umfragedaten zur öffentlichen Meinung in den EU-Mitgliedstaaten über die GSVP wurden im November 2018 erhoben (Eurobarometer 90.3). Die deskriptive Auswertung dieser Daten zeigt, dass sich fast 9 von 10 Befragten in Deutschland für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU aussprechen (vgl. Tabelle 6.3). Dies ist der zweithöchste Zustimmungswert in der gesamten EU. Der durchschnittliche Zustimmungswert der EU-28 liegt bei 76 Prozent.

Tabelle 6.3: Zustimmung zur GSVP im europäischen Vergleich, 2018

„Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind: Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten.“ (Angaben in Prozent)			
	Dafür	Dagegen	W.n./k.A.
1. Litauen	87	7	6
2. Deutschland	87	10	3
3. Lettland	86	8	6
4. Zypern	86	13	1
5. Niederlande	84	13	2
6. Belgien	84	13	3
7. Spanien	84	13	4
8. Estland	83	9	7
9. Luxemburg	82	10	8
10. Slowenien	79	16	5
11. Polen	79	17	4
12. Frankreich	78	17	5
13. EU 28	76	18	6
14. Tschechien	73	21	6
15. Bulgarien	72	17	11
16. Slowakei	72	19	9
17. Finnland	72	23	5
18. Italien	71	20	9
19. Griechenland	71	27	2
20. Portugal	70	15	15
21. Malta	69	18	13
22. Rumänien	67	25	8
23. Dänemark	66	22	12
24. Österreich	66	28	6
25. Großbritannien	65	24	11
26. Kroatien	65	30	5
27. Ungarn	65	31	4
28. Schweden	64	29	7
29. Irland	61	27	12

Anmerkung: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: Eurobarometer 90.3.

7 Einstellungen zur Ausgestaltung einer EU- Armee

Seit einigen Jahren wird in der europäischen Politik eine Debatte über die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee geführt. Diese Debatte ist nicht neu. erinnert sei an den gescheiterten Versuch der Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) Anfang der 1950er-Jahre. Mit der russischen Annexion der Krim, der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA und dem Austritt Großbritanniens aus der EU hat die Debatte jedoch neue Impulse erhalten. Vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten konfrontiert sehen, haben sich in den letzten Jahren mehrere europäische Spitzenpolitiker für das langfristige Ziel einer europäischen Armee ausgesprochen, darunter der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der französische Staatspräsident Emmanuel Macron, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag von 2018 erneut darauf verständigt, weitere Schritte auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Armee zu unternehmen. Auch die FDP und Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich in ihren aktuellen Parteiprogrammen zu diesem Ziel. Die Linke und die AfD lehnen die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee dagegen ab.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass es keinen politischen Konsens zu der Definition einer „europäischen Armee“ gibt. Die Begriffe „Europäische Armee“, „Europa-Armee“, „EU-Armee“ und „Armee der Europäer“ werden durch unterschiedliche politische Akteure in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlich verwendet. Allen Begriffen gemein ist jedoch die Vision der (teilweisen) Integration europäischer Streitkräfte, die über den Status quo der engen militärischen Zusammenarbeit hinausginge und somit nicht nur bereits vorhandene militärische Strukturen und Fähigkeiten zusammenführen würde, sondern auch gänzliche neue schüfe. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die „europäische Armee“ vor allem eine regulative Idee, „die den aktuellen Entscheidungen eine Richtung gibt“ (Bartels 2017: 52).

Die in Abschnitt 6 präsentierten Ergebnisse der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019 zeigen, dass eine relative Mehrheit (46 Prozent) der Bundesbürgerinnen und -bürger die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee befürwortet. Von allen soziodemografischen Teilgruppen und Wählergruppen nehmen einzig die AfD-Anhänger eine eher ablehnende Haltung in dieser Frage ein. Diese Erkenntnisse geben jedoch keine Auskunft über die Präferenz in der Bevölkerung hinsichtlich der *Organisation* von Streitkräften in

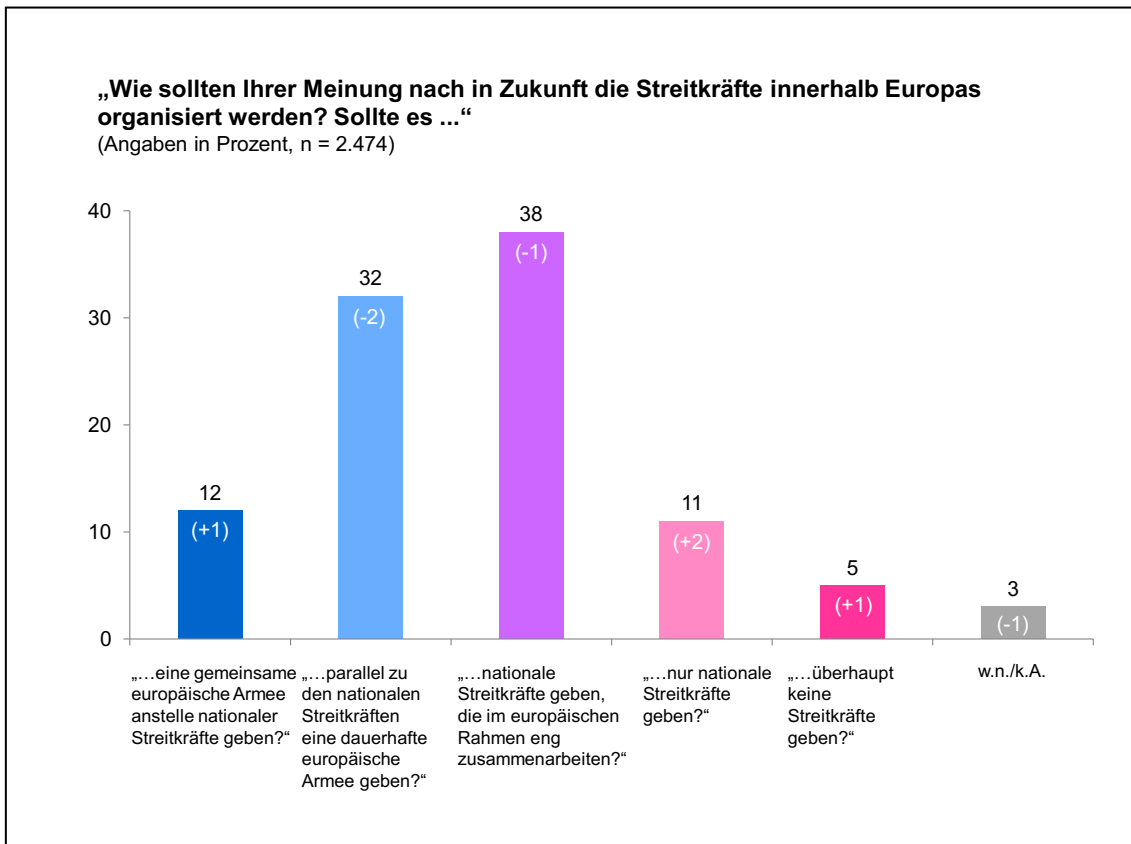
Europa oder in der Europäischen Union. Sollte eine gemeinsame europäische Armee parallel zu den nationalen Streitkräften aufgebaut werden oder diese längerfristig sogar ersetzen? Für die Diskussion über die nationale Souveränität der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer möglichen EU-Verteidigungsunion hat die Beantwortung dieser Frage weitreichende Folgen. Außerdem ist unklar, welche konkreten Vor- oder Nachteile die Menschen in der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee sehen und welche Gründe aus Sicht der Bevölkerung für oder gegen die Schaffung einer EU-Armee sprechen. Dieser Abschnitt untersucht deshalb die Präferenz der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Organisation von Streitkräften in Europa sowie deren Meinung zu den Gründen für und gegen die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee. Des Weiteren soll untersucht werden, ob die Befürwortung der parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehr einen Einfluss auf die Zustimmung zur Schaffung einer EU-Armee hat.

Aussagen zur zukünftigen Organisation der Streitkräfte innerhalb Europas

Eine der grundlegenden Fragen in der Diskussion über die perspektivische Schaffung einer europäischen Armee betrifft die Organisation der Streitkräfte. Insbesondere die Frage, ob eine gemeinsame europäische Armee parallel zu den nationalen Streitkräften geschaffen werden oder diese gänzlich ersetzen sollte, hat weitreichende Implikationen für die Souveränität der Mitgliedstaaten und damit vermutlich auch für die öffentliche Akzeptanz der „europäischen Armee“ als regulativer Idee in der aktuellen Debatte über die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik.

Die Umfrageteilnehmer wurden in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019 zum zweiten Mal seit 2018 zu ihrer Präferenz hinsichtlich der zukünftigen Organisation der Streitkräfte in Europa befragt (vgl. Abbildung 7.1). Der größte Teil der Befragten (38 Prozent; -1 Prozentpunkt gegenüber 2018) präferiert die enge Zusammenarbeit nationaler Streitkräfte im europäischen Rahmen. Knapp ein Drittel der Befragten (32 Prozent; -2 Prozentpunkte) befürwortet den Aufbau einer dauerhaften europäischen Armee parallel zu den bestehenden nationalen Streitkräften, während 12 Prozent (+1 Prozentpunkt) dem Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee, welche die nationalen Streitkräfte ersetzen würde, zustimmen. Ein vergleichbarer Anteil der Befragten (11 Prozent; +2 Prozentpunkte) wünscht sich dagegen eine rein nationale Organisation der Streitkräfte und lediglich 5 Prozent (+1 Prozentpunkt) sprechen sich dafür aus, sämtliche Streitkräfte abzuschaffen.

Abbildung 7.1: Aussagen zur zukünftigen Organisation der Streitkräfte innerhalb Europas



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Veränderungen gegenüber 2018 in Klammern.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Aussagen zur zukünftigen Organisation der Streitkräfte innerhalb Europas in soziodemografischen Gruppen

Vergleicht man die Präferenzen der soziodemografischen Gruppen in der Bevölkerung, zeigt sich, dass die enge Kooperation nationaler Streitkräfte im europäischen Rahmen in fast allen untersuchten Teilgruppen die größte Zustimmung erfährt (vgl. Tabelle 7.1). Ausnahmen hiervon sind die über 70-Jährigen, die Einkommensstärksten (4.001 Euro und mehr), die SPD-Anhänger, die Bürgerinnen und Bürger in Norddeutschland sowie die Befragten mit Migrationshintergrund, welche die Schaffung einer dauerhaften EU-Armee parallel zu den nationalen Streitkräften am stärksten bevorzugen. Zwischen den soziodemografischen Teilgruppen sowie den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung gibt es statistisch signifikante Unterschiede in der Präferenz bezüglich der zukünftigen Organisation der Streitkräfte in Europa.

Tabelle 7.1: Aussagen zur zukünftigen Organisation der Streitkräfte innerhalb Europas in soziodemografischen Gruppen

„Wie sollten Ihrer Meinung nach in Zukunft die Streitkräfte innerhalb Europas organisiert werden? Sollte es eine gemeinsame europäische Armee anstelle nationaler Streitkräfte geben? [Nur EU-Armee] ... parallel zu den nationalen Streitkräften eine dauerhafte europäische Armee geben? [EU-Armee parallel] ... nationale Streitkräfte geben, die im europäischen Rahmen eng zusammenarbeiten? [Enge Kooperation] ... nur nationale Streitkräfte geben? [Nur national] ... überhaupt keine Streitkräfte geben? [Keine Streitkräfte]“ (Angaben in Prozent, n = 2.474)					
	Nur EU-Armee	EU-Armee parallel	Enge Kooperation	Nur national	Keine Streitkräfte
Insgesamt	12	32	38	11	5
Geschlecht *					
Männer	11	32	39	12	4
Frauen	12	32	37	9	5
Alter ^{n.s.}					
16 bis 29 Jahre	13	29	35	12	6
30 bis 49 Jahre	11	34	39	10	4
50 bis 69 Jahre	11	31	41	10	5
70 Jahre und älter	13	36	34	12	4
Bildungsniveau ^{n.s.}					
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	12	28	40	12	5
Realschulabschluss	12	33	37	10	4
Hauptschulabschluss	11	36	37	10	4
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *					
4.001 Euro und mehr	11	38	36	8	4
2.001 bis 4.000 Euro	12	32	39	11	4
Bis 2.000 Euro	10	32	37	13	7
Wahlabsicht Bundestagswahl ***					
CDU/CSU	11	33	45	9	2
SPD	12	40	37	8	2
AfD	7	26	37	26	3
FDP	16	31	36	13	3
Die Linke	9	31	37	12	10
Bündnis 90/Die Grünen	14	34	34	8	7
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	12	28	34	11	7
Region ***					
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	11	36	34	9	4
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	9	29	42	13	5
Süddeutschland (BW, BY)	18	30	38	8	3
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	8	34	38	12	6
Migrationshintergrund *					
Ja	13	40	30	11	4
Nein	11	31	39	11	5

Anmerkungen: Fehlende Prozente zu 100 entsprechen dem Antwortanteil „weiß nicht/keine Antwort“. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Signifikante Meinungsunterschiede bestehen zwischen Männern und Frauen, den Einkommens- und Wählergruppen, den Regionen sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund. Die Einstellungsunterschiede zwischen den Bildungs- und Altersgruppen sind nicht statistisch signifikant. Der größte Unterschied zwischen Männern (12 Prozent) und Frauen (9 Prozent) besteht in der Präferenz für die rein nationale Organisation der Streitkräfte innerhalb Europas. Bei der vergleichenden Betrachtung der Einkommensgruppen fällt auf, dass die Befürwortung rein nationaler Streitkräfte mit steigendem Einkommen sinkt und die Zustimmung zu einer parallel zu den nationalen Streitkräften organisierten EU-Armee in der einkommensstärksten Gruppe am größten ist (38 Prozent).

Auch zwischen den Wählergruppen unterscheiden sich die Organisationspräferenzen deutlich. Im Vergleich zu den anderen Wählergruppen fällt insbesondere die hohe Zustimmung der AfD-Anhänger zu rein nationalen Streitkräften auf (26 Prozent). Die Schaffung einer EU-Armee anstelle nationaler Streitkräfte wird vergleichsweise am stärksten von den FDP-Anhängern begrüßt (16 Prozent). Der Aufbau einer dauerhaften EU-Armee, die parallel zu den nationalen Streitkräften existiert, wird am stärksten von den Anhängern der SPD (40 Prozent) bevorzugt. Die enge Kooperation nationaler Streitkräfte im europäischen Rahmen wird am stärksten von den Anhängern der CDU/CSU favorisiert (45 Prozent). Die Abschaffung jeglicher Streitkräfte findet am ehesten die Unterstützung der Anhänger der Linken (10 Prozent).

Zwischen den Regionen bestehen ebenfalls statistisch signifikante Präferenzunterschiede: Der Aufbau einer EU-Armee, die die nationalen Streitkräfte ersetzt, wird am ehesten von den Befragten in Süddeutschland befürwortet (18 Prozent) und von jenen in Westdeutschland am geringsten (8 Prozent). Die Schaffung einer parallel zu den nationalen Streitkräften existierenden EU-Armee wird in Nord- (36 Prozent) und Westdeutschland (34 Prozent) stärker präferiert als in Ost- (29 Prozent) und Süddeutschland (30 Prozent). Auffällig ist außerdem, dass die enge Kooperation nationaler Streitkräfte im europäischen Rahmen in Norddeutschland mit 34 Prozent weniger Zustimmung erhält als in den anderen Regionen. Die rein nationale Organisation von Streitkräften wird in Ost- (13 Prozent) und Westdeutschland (12 Prozent) etwas stärker bevorzugt als in Nord- (9 Prozent) oder Süddeutschland (8 Prozent). Abschließend ist festzustellen, dass Menschen mit Migrationshintergrund eine parallel zu den nationalen Streitkräften existierende EU-Armee stärker präferieren (40 Prozent) als Menschen ohne Migrationshintergrund (31 Prozent). Letztere bevorzugen dafür die enge Zusammenarbeit nationaler Armeen im europäischen Rahmen stärker (39 Prozent) als die Befragten mit Migrationshintergrund (30 Prozent).

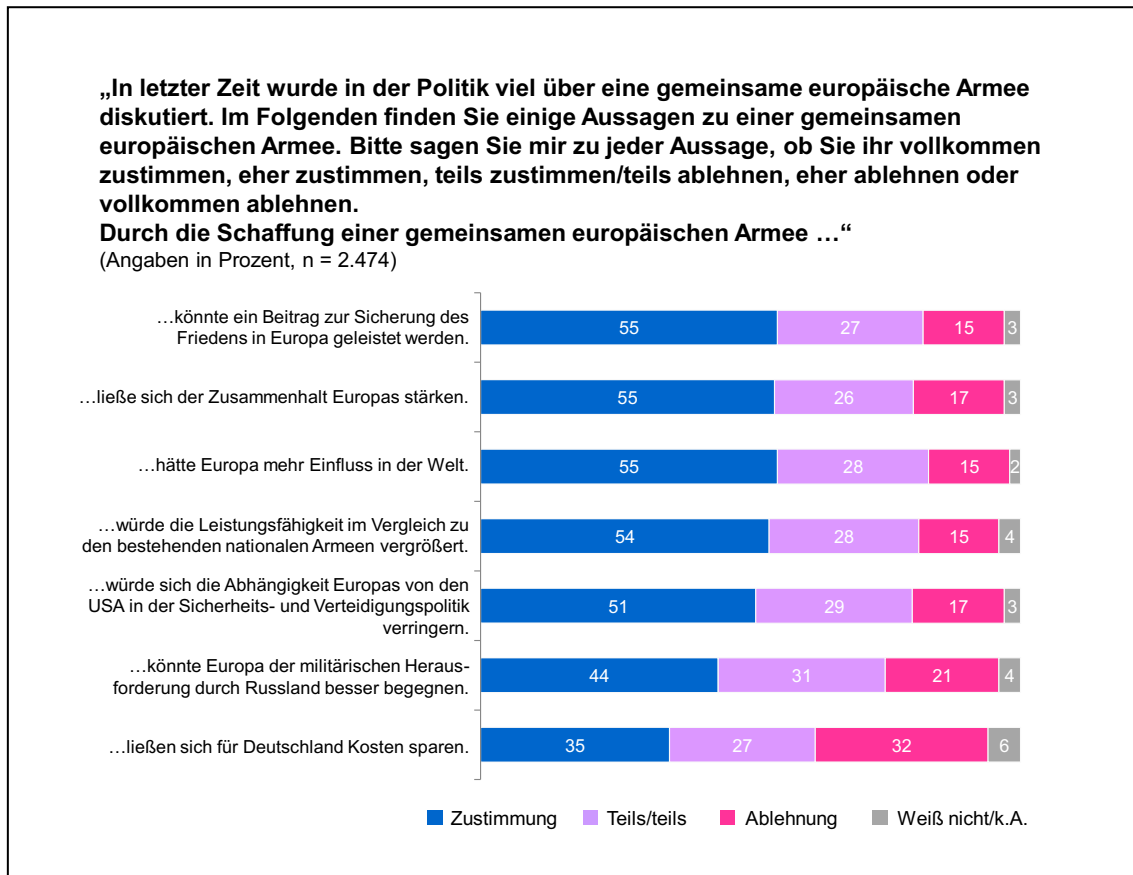
Einstellungen zu den Gründen für und gegen eine gemeinsame europäische Armee

Die in der öffentlichen Debatte am häufigsten genannten Gründe für und gegen die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee wurden den Teilnehmern der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung als Aussagen zur Bewertung präsentiert.²⁴ Zu berücksichtigen ist hierbei die Kritik des ehemaligen Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Dr. Karl-Heinz Kamp: „Eine Auflistung des Pro und Kontra einer Europa-Armee wird dadurch verkompliziert, dass es durchaus unterschiedliche Konzepte einer solchen Streitmacht gibt, die alle Vor- und Nachteile mit sich bringen. Befürworter und Gegner verschweigen häufig, auf welches Modell sie sich beziehen und was sie unter den genannten Begrifflichkeiten verstehen“ (Kamp 2015: 1). Vor dem Hintergrund dieser Kritik sei darauf hingewiesen, dass die in der ZMSBw-Umfrage genannten Aussagen zu den Gründen für und gegen die Schaffung einer europäischen Armee auf kein bestimmtes Modell der „Europa-Armee“ verweisen und die Umfrageteilnehmer die entsprechenden Aussagen deshalb auf der Grundlage ihrer subjektiven Konzeption einer „europäischen Armee“ bewerten müssen.

Die Ergebnisse in Abbildung 7.2 zeigen, dass eine absolute Mehrheit der Bundesbürger der Überzeugung ist, dass durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee ein Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa geleistet werden könnte (55 Prozent), sich der Zusammenhalt Europas stärken ließe (55 Prozent), Europa mehr Einfluss in der Welt hätte (55 Prozent), die Leistungsfähigkeit im Vergleich zu den bestehenden nationalen Armeen vergrößert würde (54 Prozent) und sich die Abhängigkeit Europas von den USA in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verringern würde (51 Prozent). Eine relative Mehrheit von 44 Prozent stimmt außerdem der Aussage zu, dass Europa der militärischen Herausforderung durch Russland besser mit einer gemeinsamen Armee begegnen könnte. Bei der Frage, ob sich durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee für Deutschland Kosten sparen ließen, ist die öffentliche Meinung hingegen gespalten: 35 Prozent glauben an eine mögliche Kostenersparnis, 32 Prozent glauben nicht daran und 27 Prozent sind unentschieden. Der etwas höhere Anteil an verweigerten bzw. fehlenden Antworten (6 Prozent) lässt zudem darauf schließen, dass in dieser Frage ein gewisser Grad an Unsicherheit oder Unkenntnis bei den Befragten besteht.

²⁴ Die Gründe für und gegen die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee werden nachfolgend zur Vereinfachung der Argumentation separat dargestellt, obwohl diese in einer einzigen Itematterie abgefragt wurden, in der die Reihenfolge der Items randomisiert wurde. Diese Itematterie wurde 2019 zum ersten Mal in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung verwendet.

Abbildung 7.2: Gründe für die Schaffung einer europäischen Armee

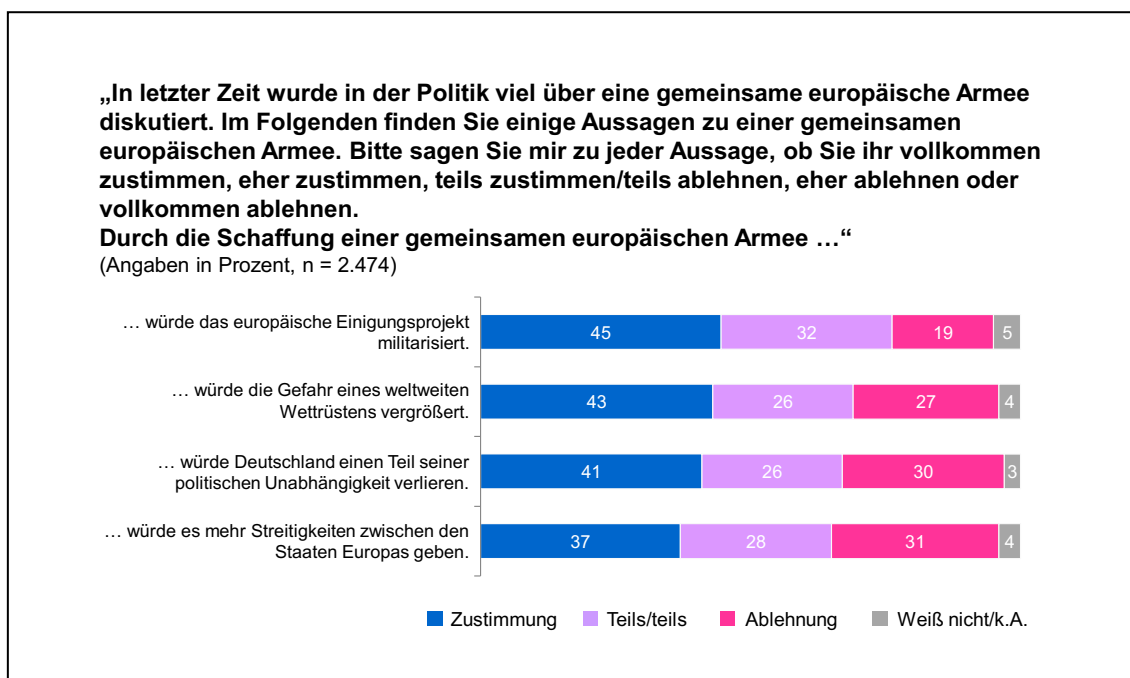


Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Die Ergebnisse in Abbildung 7.3 zeigen aber auch, dass ein nicht geringer Teil der deutschen Bevölkerung mögliche negative Konsequenzen durch die Schaffung einer europäischen Armee fürchtet. So sind 45 Prozent davon überzeugt, dass die Schaffung dieser Armee das europäische Einigungsprojekt militarisieren würde, und 43 Prozent befürchten, dass hierdurch die Gefahr eines weltweiten Wettrüstens vergrößert würde. Jeder vierte Befragte (41 Prozent) ist zudem davon überzeugt, dass Deutschland einen Teil seiner politischen Unabhängigkeit verlieren würde. Uneins sind sich die Bundesbürgerinnen und -bürger, ob die Schaffung einer europäischen Armee zu mehr Streitigkeiten zwischen den Staaten Europas führen würde: Ein Drittel fürchtet mehr Streitigkeiten (37 Prozent), ein Drittel fürchtet diese nicht (31 Prozent) und mehr als ein Viertel (28 Prozent) kann oder möchte in dieser Frage keine klare Position beziehen.

Abbildung 7.3: Gründe gegen die Schaffung einer europäischen Armee



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

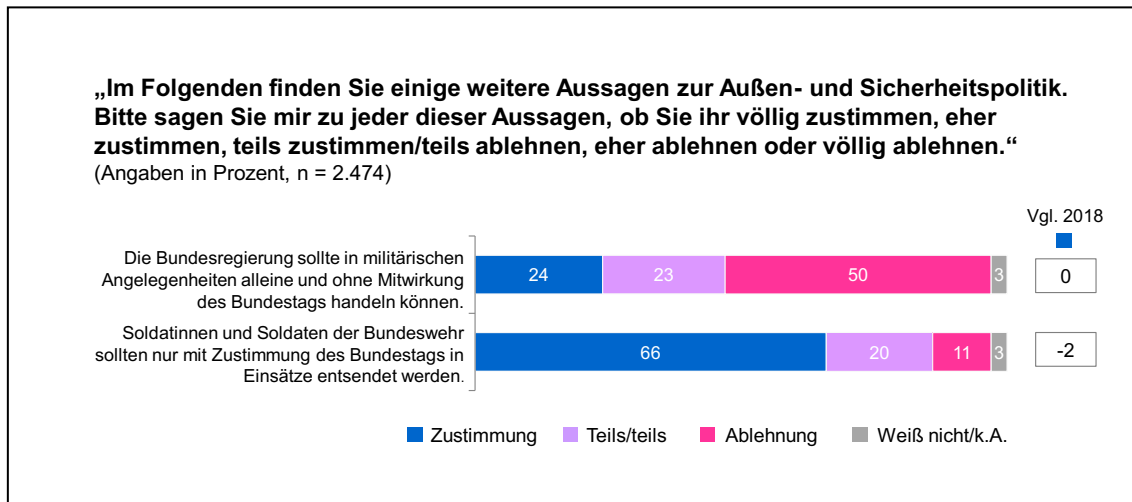
Vergleicht man die Zustimmungswerte zu den Gründen für und gegen die Schaffung einer europäischen Armee miteinander, so fällt auf, dass die Argumente für eine europäische Armee mehr Unterstützung in der deutschen Öffentlichkeit erfahren als die Argumente dagegen. Aus Sicht der Bevölkerung überwiegen somit die Gründe *für* die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee.

Einfluss der Einstellung zur parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte auf die Zustimmung zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee

Auslandseinsätze der Bundeswehr bedürfen der konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestags, was den besonderen Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee betont. Die Einstellung der Befragten zur Rolle des Bundestags beim Einsatz der Bundeswehr gibt also Aufschluss über ihre Haltung zur Konzeption der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Im Zuge der Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit wird der Parlamentsvorbehalt in der deutschen Politik kontrovers diskutiert, könnte sich dieser doch als mögliches Hindernis auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Armee erweisen. Ungeachtet der Perspektive, die man in dieser Debatte einnimmt, würden „gemeinsame Streitkräfte die EU-Mitglieder zwingen, ihre nationalen Entscheidungsprozesse

zu harmonisieren, um so die Reaktionsfähigkeit zu erhöhen. Damit müsste eine tragfähige Regelung für den deutschen Parlamentsvorbehalt gefunden werden“ (Kamp 2015: 3).

Abbildung 7.4: Aussagen zur Rolle des Bundestags bei Einsätzen der Bundeswehr



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Zum Verhältnis von Bundesregierung und Bundestag bei Entscheidungen über militärische Einsätze und Angelegenheiten zeigt sich ein eindeutiges Meinungsbild: Während 24 Prozent befürworteten (keine Veränderung gegenüber 2018), dass die Bundesregierung in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können sollte, lehnt dies eine Mehrheit (50 Prozent) ab (vgl. Abbildung 7.4). Eindeutiger ist die Zustimmung bei der zweiten Aussage zu diesem Thema: 66 Prozent (-2 Prozentpunkte) der Befragten sind dafür, dass die Bundeswehr nur mit Zustimmung des Bundestags in Einsätze entsendet werden sollte. Nur 11 Prozent der Befragten lehnen dies ab. Eine klare Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt somit die Mitsprache des Bundestags in militärischen Angelegenheiten im Allgemeinen und bei der Entsendung der Bundeswehr in Auslandseinsätze im Besonderen. Aus diesem Befund lässt sich ableiten, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Konzeption der Bundeswehr als Parlamentsarmee befürwortet bzw. einer der Legislative weitgehend entzogenen „Exekutivarmee“ kritisch gegenübersteht. Wie wirkt sich die Haltung der Befragten zum Parlamentsvorbehalt auf ihre Zustimmung zur Schaffung einer EU-Armee aus?

Bildet man aus den beiden Aussagen zur parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte eine Indexvariable und vergleicht dann die Befürworter mit den Gegnern, so zeigt sich, dass die Befürworter der Parlamentsarmee die Schaffung einer gemeinsamen europäi-

schen Armee signifikant weniger stark befürworten als die Befürworter einer „Exekutivarmee“ (vgl. Tabelle 7.2).²⁵ Ob diese Beziehung auch dann noch besteht, wenn andere Erklärungsgrößen berücksichtigt werden, zeigt die Regressionsanalyse in Abschnitt 9. Festzuhalten bleibt, dass die Mehrheit der Bundesbürger die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte befürwortet und diese Mehrheit die Schaffung einer europäischen Armee deutlich kritischer sieht als jene Minderheit in der Bevölkerung, die eine „Exekutivarmee“ präferiert.

Tabelle 7.2: Einstellung zur parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte: Zustimmung zur Schaffung einer EU-Armee

<p>„Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. Die EU sollte eine gemeinsame europäische Armee haben. [EU-Armee] Die Bundesregierung sollte in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können. Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sollten nur mit Zustimmung des Bundestags in Einsätze entsendet werden.“ (Angaben in Prozent)</p>				
	EU-Armee			
	Zustimmung	Teils/teils	Ablehnung	W.n./k.A.
Einstellung zur parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte***				
Zustimmung	45	21	31	3
Ablehnung	61	18	21	0

Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Zwischen den soziodemografischen Teilgruppen sowie den Wählergruppen in der Bevölkerung bestehen folgende statistisch signifikante Unterschiede in der Einstellung zur parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehr:

Für die Aussage, dass die Bundesregierung in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können sollte, bestehen statistisch signifikante Einstellungsunterschiede zwischen Männern und Frauen, den Bildungs- und Einkommensgruppen sowie den Regionen (vgl. Tabelle 7.3). Männer (26 Prozent) befürworten die alleinige Handlungsbefugnis der Regierung in militärischen Angelegenheiten geringfügig stärker als Frauen (22 Prozent). Die Bereitschaft, die Regierung ohne Mitwirkung des Bundestags in militärischen Angelegenheiten entscheiden zu lassen, sinkt mit zunehmender Bildung und steigendem Einkommen. Zwar sind auch die Meinungsunterschiede

²⁵ Die beiden Aussagen zur parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte weisen eine akzeptable Skalensreliabilität auf (Cronbachs alpha = 0,62).

zwischen den Regionen statistisch signifikant, diese zeigen sich jedoch nicht in den in Tabelle 7.3 ausgewiesenen Zustimmungswerten, sondern nur in den Werten der Ablehnung (nicht tabellarisch dargestellt): Demnach wird die alleinige Handlungsbefugnis der Bundesregierung in militärischen Angelegenheiten stärker in Ost- (55 Prozent) und Süddeutschland (53 Prozent) abgelehnt als in West- (48 Prozent) und Norddeutschland (45 Prozent). Zwischen den Alters- und Wählergruppen sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund bestehen keine statistisch signifikanten Einstellungsunterschiede.

Für die Entsendung von Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten in Einsätze nur mit Zustimmung des Bundestags bestehen statistisch signifikante Meinungsunterschiede zwischen den Alters- und den Wählergruppen sowie den Regionen: Die jüngste Altersgruppe (16 bis 29 Jahre) befürwortet die Rolle des Bundestags bei Einsätzen der Bundeswehr weniger stark (60 Prozent) als die übrigen Altersgruppen (68–69 Prozent). Der Vergleich der Wählergruppen zeigt, dass die Mitsprache des Bundestags bei Bundeswehr-Einsätzen von den Befragten ohne Parteipräferenz bzw. den Nichtwählern die geringste Unterstützung erfährt (56 Prozent). Auch die Anhänger der CDU/CSU (67 Prozent) oder der AfD (67 Prozent) äußern in diesem Punkt etwas weniger Zustimmung als die Wähler anderer Parteien. Abschließend ist festzustellen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland (73 Prozent) deutlich stärker für die Zustimmung des Bundestags zu Bundeswehr-Einsätzen aussprechen als jene in den anderen Regionen (65 Prozent). Die Meinungsunterschiede zwischen Männern und Frauen, den Bildungs- und Einkommensgruppen sowie zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund sind nicht statistisch signifikant.

Tabelle 7.3: Aussagen zur Rolle des Bundestags bei Einsätzen der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

<p>„Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. Die Bundesregierung sollte in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können. [Militärische Angelegenheiten] Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sollten nur mit Zustimmung des Bundestags in Einsätze entsendet werden. [Einsätze]“ (Angaben in Prozent, n = 2.474)</p>		
	Zustimmung: Militärische Angelegenheiten	Zustimmung: Einsätze
Insgesamt	24	66
Geschlecht	*	n.s.
Männer	26	68
Frauen	22	65
Alter	n.s.	*
16 bis 29 Jahre	24	60
30 bis 49 Jahre	26	68
50 bis 69 Jahre	23	69
70 Jahre und älter	24	68
Bildungsniveau	**	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	21	68
Realschulabschluss	24	65
Hauptschulabschluss	27	68
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	**	n.s.
4.001 Euro und mehr	18	67
2.001 bis 4.000 Euro	26	67
Bis 2.000 Euro	25	64
Wahlabsicht Bundestagswahl	n.s.	**
CDU/CSU	27	67
SPD	27	71
AfD	29	67
FDP	18	73
Die Linke	22	73
Bündnis 90/Die Grünen	22	71
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	20	56
Region	**	*
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	24	65
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	23	73
Süddeutschland (BW, BY)	24	65
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	24	65
Migrationshintergrund	n.s.	n.s.
Ja	19	71
Nein	24	66

Anmerkungen: Die Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

8 Einstellungen zur NATO und zur EU-Verteidigungszusammenarbeit

Als kollektives Verteidigungsbündnis gewährleistet die NATO seit 70 Jahren den militärischen Schutz Europas. Deutschlands Sicherheit ist untrennbar mit der seiner Bündnispartner verbunden. Daher gilt: „Bündnissolidarität ist deutsche Staatsräson“ (Bundesministerium der Verteidigung 2016: 49). Aber auch die EU trägt zur Sicherheit Europas und Deutschlands bei. Anders als die NATO war die EU jedoch nie als kollektives Verteidigungsbündnis geplant. Dennoch enthält der Vertrag von Lissabon mit Artikel 42, Absatz 7 eine Klausel, in der sich die EU-Mitgliedstaaten ihrer gegenseitigen Unterstützung im Falle eines bewaffneten Angriffs versichern.²⁶ Diese Beistandsklausel wurde erstmals im November 2015 von Frankreich infolge einer Serie terroristischer Anschläge in Paris aktiviert. Als Reaktion auf die sich seit 2014 verändernde sicherheitspolitische Lage in ihrer südlichen und östlichen Nachbarschaft, erklärte die EU in der European Union Global Strategy im Jahr 2016 ihre Bereitschaft, zum Schutz ihrer Bürger mehr militärische Fähigkeiten entwickeln zu wollen. Auch im Zuge der anhaltenden Diskussion um die Lastenteilung in der NATO werden die Forderungen nach einer substanziellen Stärkung der militärischen Fähigkeiten der europäischen Bündnispartner lauter.

Mit der seit 2017 voranschreitenden Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik stellt sich jedoch zunehmend die Frage nach dem Verhältnis von EU und NATO, denn 22 EU-Mitgliedstaaten sind zugleich NATO-Mitglieder. Hierdurch ergibt sich die Notwendigkeit einer strukturierten und kooperativen Beziehung. Die Zusammenarbeit von EU und NATO ist deshalb in „Gemeinsamen Erklärungen“ definiert worden.²⁷ Ein Leuchtturmprojekt der militärischen Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO ist zum Beispiel die „Militärische Mobilität“, ein Projekt das die Verlegefähigkeit von militärischem Personal und Material über europäische Landesgrenzen hinweg beschleunigen und vereinfachen soll. Ungeachtet der praktischen Zusammenarbeit zwischen NATO und EU stellt sich dennoch die Frage nach dem Fernziel des europäischen militärischen Fähigkeitsaufwuchses und der Kompatibilität dieser Fähigkeiten mit den militärischen Anforderungen und Planungszielen der NATO. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die militärischen Fähigkeiten in der EU so zu entwickeln, dass diese wesentlich zur Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO beitragen und die

²⁶ Artikel 42, Absatz 7 EU-Vertrag: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen.“

²⁷ In der „Gemeinsamen Erklärung“ (Joint Declaration) der EU und der NATO beim NATO-Gipfel im Juli 2016 in Warschau sowie beim NATO-Gipfel im Juli 2018 in Brüssel.

NATO somit als Ganzes gestärkt wird. Bestes Beispiel hierfür ist das von Deutschland initiierte Rahmennationen-Konzept (englisch: Framework Nations Concept), das es kleineren europäischen Nationen ermöglicht, sich mit eigenen Truppen in Fähigkeitsverbände unter der Führung einer Rahmennation (z.B. Deutschland) zu integrieren. Diese Initiative verbessert die europäischen militärischen Fähigkeiten und stärkt somit zugleich den europäischen Pfeiler in der NATO.

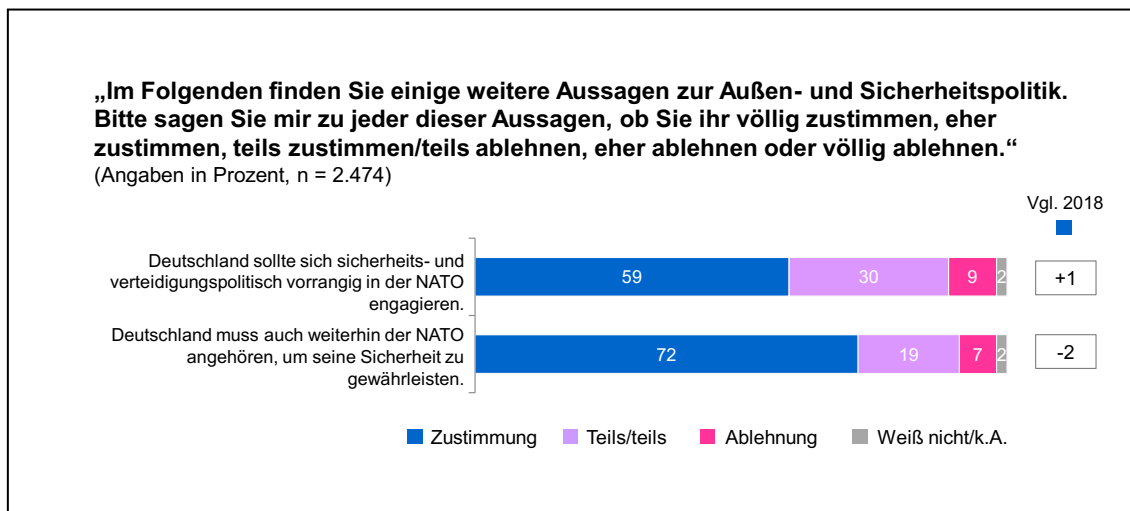
Wie gestaltet sich die öffentliche Meinung in Deutschland zur NATO einerseits und zur EU-Verteidigungszusammenarbeit andererseits? Stehen die Befürworter der NATO der EU-Verteidigungszusammenarbeit besonders kritisch gegenüber? Die in Abschnitt 5 präsentierten Ergebnisse haben gezeigt, dass die Einstellung der Befragten zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der NATO und in der EU eine positive Beziehung aufweisen (vgl. Abschnitt 5). Eine stärkere Zustimmung zum deutschen NATO-Engagement geht also mit einer positiveren Einstellung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement in der EU einher. Diese positive Beziehung zeigt sich auch im Zeitverlauf (vgl. Abbildung 5.2). Ungeachtet dieser Feststellungen suggerieren die in Abbildung 5.1 präsentierten Ergebnisse auf den ersten Blick eine Präferenz der Bevölkerung für ein vorrangiges sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement Deutschlands in der EU. Aus den relativ höheren Zustimmungswerten zum Engagement in der EU lässt sich jedoch nicht ableiten, dass die Bundesbürger in der EU das wichtigere Verteidigungsbündnis im Vergleich zur NATO sehen. Warum dies so ist, zeigen die nachfolgenden Untersuchungen.

Aussagen zu Deutschlands Engagement und Mitgliedschaft in der NATO

Die deutsche Bevölkerung weiß um die herausragende Bedeutung der NATO für die Sicherheit Deutschlands. Nahezu drei Viertel der Befragten (72 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2018) stehen hinter Deutschlands Mitgliedschaft im nordatlantischen Verteidigungsbündnis und 59 Prozent (+1 Prozentpunkt) sind der Auffassung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig im Rahmen der NATO engagieren sollte (vgl. Abbildung 8.1). Nur eine Minderheit von 7 bzw. 9 Prozent spricht sich gegen Deutschlands Mitgliedschaft bzw. vorrangiges Engagement in der NATO aus. Die Einstellung zu Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO wird in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung seit 2016 erfasst. Die Auswertung dieser Daten zeigt, dass die öffentliche Zustimmung zu Deutschlands NATO-Mitgliedschaft im Betrachtungszeitraum äußerst stabil ist.²⁸

²⁸ Die Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ wurden zusammengefasst und ergeben für 2016 eine Zustimmung von 74 Prozent, 2017 von 75 Prozent, 2018 von 74 Prozent und 2019 von 72 Prozent.

Abbildung 8.1: Aussagen zu Deutschlands Engagement und Mitgliedschaft in der NATO



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2018: Differenz Zustimmung 2019 zu 2018.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw 2018 und 2019.

Die Beziehung zwischen der Einstellung zu Deutschlands NATO-Mitgliedschaft und zur EU-Verteidigungszusammenarbeit

Weiterführende Analysen zeigen, dass die Haltung zu Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO eine statistisch signifikante positive Beziehung zu der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit aufweist: Je mehr man der Überzeugung ist, dass Deutschland auch zukünftig der NATO angehören muss, um seine Sicherheit zu gewährleisten, umso mehr unterstützt man auch die Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU.²⁹ Selbst die Schaffung einer europäischen Armee und das Auftreten der EU als eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur werden umso stärker befürwortet, je mehr man in Deutschlands NATO-Mitgliedschaft zukünftig eine wichtige Sicherheitsgarantie sieht.³⁰

Vergleicht man die Gruppe derjenigen, die Deutschlands NATO-Mitgliedschaft ablehnen, mit der Gruppe der Befürworter, zeigt sich ebenfalls, dass die NATO-Befürworter alle drei Aspekte der EU-Verteidigungszusammenarbeit signifikant stärker unterstützen als die NATO-Gegner (vgl. Tabelle 8.1). Die NATO-Fürsprecher in der deutschen Bevölkerung stehen einer Vertiefung der Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der EU also nicht im Weg – es sind die NATO-Gegner, die gegen eine vertiefte Zusammenarbeit sind. Wie

²⁹ Pearson-Korrelation: NATO-Mitgliedschaft*EU-Verteidigungszusammenarbeit: $r = 0,29$; $p < 0,001$.

³⁰ Pearson-Korrelationen: NATO-Mitgliedschaft*EU-Armee: $r = 0,18$; $p < 0,001$; NATO*EU als Akteur: $r = 0,21$; $p < 0,001$.

bereits in Abschnitt 5 erwähnt, könnte der positive Zusammenhang zwischen der Einstellung zur NATO und zur EU-Verteidigungszusammenarbeit durch die grundlegende Einstellung der Befragten zum Multilateralismus bedingt sein. Diese Vermutung wird in der Regressionsanalyse in Abschnitt 9 untersucht.

Tabelle 8.1: Einstellung zu Deutschlands NATO-Mitgliedschaft: Zustimmung zu verschiedenen Aspekten der EU-Verteidigungszusammenarbeit

„Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“			
Die EU sollte eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben. [GSVP]			
Die EU sollte als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur auftreten. [EU als Akteur]			
Die EU sollte eine gemeinsame europäische Armee haben. [EU-Armee]			
Deutschland muss auch weiterhin der NATO angehören, um seine Sicherheit zu gewährleisten.“			
(Angaben in Prozent)			
	Zustimmung: GSVP	Zustimmung: EU als Akteur	Zustimmung: EU-Armee
Einstellung zu Deutschlands NATO-Mitgliedschaft	***	***	***
Zustimmung	76	61	52
Ablehnung	41	40	28

Anmerkungen: Die Anteile „stimme völlig zu“ und „stimme eher zu“ sowie „lehne völlig ab“ und „lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Aussagen zur zukünftigen Bedeutung der NATO

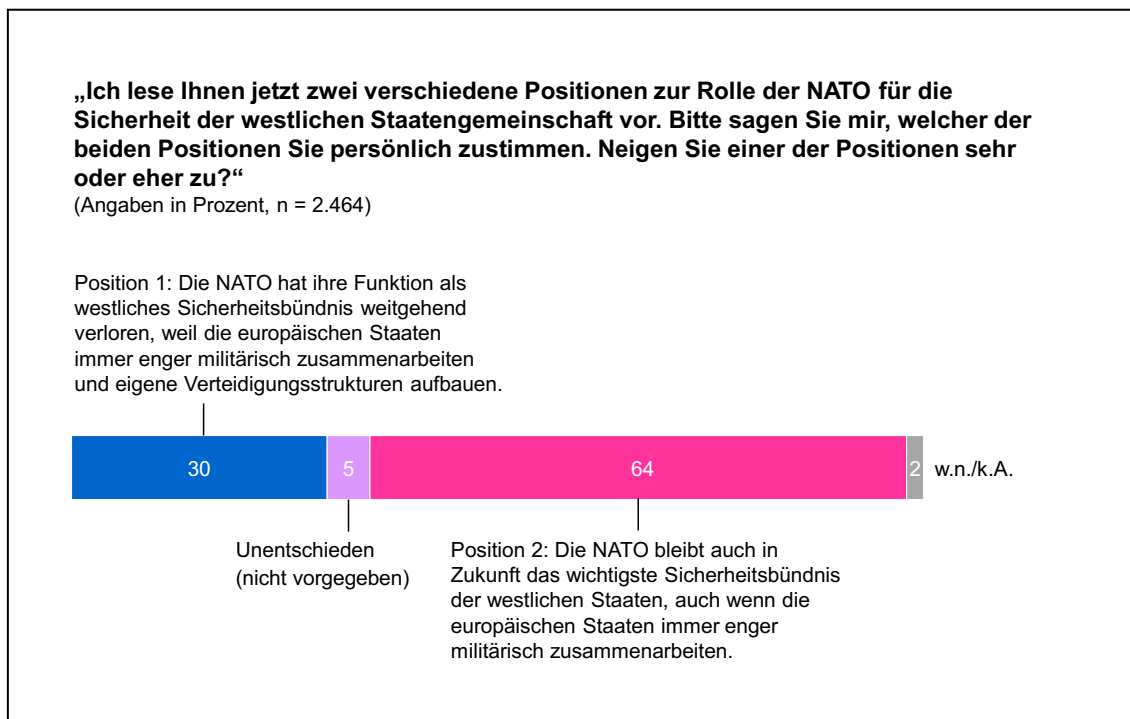
Vor dem Hintergrund der Intensivierung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit wurden die Umfrageteilnehmer in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018 zur zukünftigen Bedeutung der NATO als westliches Sicherheitsbündnis befragt (vgl. Abbildung 8.2).³¹ Die Befragten mussten sich dabei zwischen zwei konkurrierenden Positionen entscheiden; die Antwortoption „unentschieden“ wurde nicht vom Interviewer vorgegeben.

Fast zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger (64 Prozent) neigten im Jahr 2018 zu der Position, dass die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten bleibt, auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten. Ein knappes Drittel (30 Prozent) tendierte dagegen zu der Auffassung, dass die NATO ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren hat, weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen. Nur 5 Prozent der Befragten konnten oder wollten in dieser Frage keine Position beziehen (unentschieden) und 2 Prozent gaben keine Antwort. Eine

³¹ Diese Frage wurde einmalig im Jahr 2018 erhoben.

deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung glaubt also nicht, dass die NATO durch die Vertiefung der EU-Verteidigungszusammenarbeit in Zukunft obsolet werden wird.

Abbildung 8.2: Aussagen zur zukünftigen Bedeutung der NATO, 2018



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Anteile „Neige Position 1 (bzw. 2) sehr zu“ und „Neige Position 1 (bzw. 2) eher zu“ jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Aussagen zur zukünftigen Bedeutung der NATO in soziodemografischen Gruppen

Zwischen den soziodemografischen Teilgruppen sowie den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung bestehen einige signifikante Meinungsunterschiede hinsichtlich der zukünftigen Bedeutung der NATO. Eingangs ist jedoch festzuhalten, dass in allen untersuchten Teilgruppen absolute Mehrheiten die NATO als das zukünftig wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten betrachten (Position 2). Ungeachtet dessen bestehen statistisch signifikante Meinungsunterschiede zwischen Männern und Frauen, den Alters-, Einkommens- und Wählergruppen sowie zwischen den Regionen (vgl. Tabelle 8.2).

Tabelle 8.2: Aussagen zur zukünftigen Bedeutung der NATO in soziodemografischen Gruppen

„Ich lese Ihnen jetzt zwei verschiedene Positionen zur Rolle der NATO für die Sicherheit der westlichen Staatengemeinschaft vor. Bitte sagen Sie mir, welcher der beiden Positionen Sie persönlich zustimmen. Neigen Sie einer der Positionen sehr oder eher zu?
Position 1: Die NATO hat ihre Funktion als westliches Sicherheitsbündnis weitgehend verloren, weil die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten und eigene Verteidigungsstrukturen aufbauen.
Position 2: Die NATO bleibt auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten, auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten.“
(Angaben in Prozent, n = 2.464)

	Zustimmung: Position 1	Unentschieden	Zustimmung: Position 2
Insgesamt	30	5	64
Geschlecht *			
Männer	30	3	65
Frauen	30	6	62
Alter **			
16 bis 29 Jahre	33	(6)	57
30 bis 49 Jahre	29	(4)	65
50 bis 69 Jahre	30	(3)	65
70 Jahre und älter	26	(7)	66
Bildungsniveau ^{n.s.}			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	32	(3)	64
Realschulabschluss	30	(4)	64
Hauptschulabschluss	28	5	65
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *			
4.001 Euro und mehr	34	(3)	62
2.001 bis 4.000 Euro	30	(2)	66
Bis 2.000 Euro	29	5	63
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	26	(2)	71
SPD	30	(1)	69
AfD	42	(2)	56
FDP	29	(2)	69
Die Linke	44	(4)	52
Bündnis 90/Die Grünen	33	(2)	63
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	27	12	56
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	21	(4)	70
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	37	(4)	58
Süddeutschland (BW, BY)	30	6	63
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	31	4	64
Migrationshintergrund ^{n.s.}			
Ja	35	(6)	57
Nein	29	4	64

Anmerkungen: Die Anteile „Neige Position 1 (bzw. 2) sehr zu“ und „Neige Position 1 (bzw. 2) eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Fehlende Prozente zu 100 entsprechen dem Antwortanteil „weiß nicht/keine Antwort“. Prozente in Klammern: n ≤ 30. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2018.

Mehr Männer (65 Prozent) als Frauen (62 Prozent) sehen in der NATO auch zukünftig das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten, auch wenn die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten. Bei der Betrachtung der Altersgruppen fällt auf, dass die jüngste Altersgruppe (16 bis 29 Jahre) der NATO eher einen Bedeutungsverlust infolge der europäischen Verteidigungszusammenarbeit attestiert (33 Prozent, Position 1) als die älteren Teilgruppen (26 bis 30 Prozent, Position 1). Die Gruppe der 16- bis 29-Jährigen (57 Prozent) ist dementsprechend weniger davon überzeugt als die älteren Teilgruppen (65 bis 66 Prozent), dass die NATO auch in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staatengemeinschaft bleibt (Position 2).

Die Meinungsunterschiede zwischen den Einkommensgruppen zeigen: Mit steigendem Einkommen wird häufiger die Auffassung vertreten, dass die NATO infolge der europäischen Verteidigungszusammenarbeit einen weitgehenden Bedeutungs- bzw. Funktionsverlust erlitten hat (Position 1). Die Einschätzung, dass die NATO auch zukünftig das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten bleibt (Position 2), nimmt mit steigendem Einkommen jedoch nicht ab.

Die Betrachtung der unterschiedlichen Wählergruppen zeigt, dass die Anhänger der AfD (42 Prozent) und der Linken (44 Prozent) eher einen Bedeutungsverlust der NATO infolge der europäischen Verteidigungszusammenarbeit sehen als die übrigen Wählergruppen. Dementsprechend sind die Anhänger der AfD (56 Prozent) und der Linken (52 Prozent) weniger als die anderen Wählergruppen davon überzeugt, dass die NATO in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staatengemeinschaft bleibt.

Auch die Meinungsunterschiede zwischen den Regionen sind statistisch signifikant. Von allen Befragten glauben jene in Ostdeutschland am ehesten (37 Prozent), dass die NATO durch die europäische Verteidigungszusammenarbeit an Bedeutung verloren hat. Die Norddeutschen sind hiervon am wenigsten überzeugt (21 Prozent). Dementsprechend glauben die Norddeutschen am häufigsten (70 Prozent), dass die NATO ungeachtet der europäischen Verteidigungszusammenarbeit das wichtigste westliche Militärbündnis bleibt, während die Ostdeutschen eben diese Perspektive kritischer beurteilen (58 Prozent).

9 Determinanten der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit den Faktoren, die die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur EU-Verteidigungszusammenarbeit beeinflussen. Hierzu wird eine Reihe von linearen multiplen Regressionsanalysen durchgeführt, die es ermöglichen, Zusammenhänge zwischen mehreren unabhängigen (erklärenden) Variablen und einer abhängigen (zu erklärenden) Variable zu bestimmen. Als abhängige Variable dient die Indexvariable „EU-Verteidigungszusammenarbeit“, welche die Einstellung der Befragten zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee im Rahmen der EU, zum Auftreten der EU als eigenständigem sicherheits- und verteidigungspolitischen Akteur und zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU umfasst (vgl. Tabelle 6.1). Zentraler Teil von Regressionsanalysen sind die Regressionskoeffizienten für jede einzelne im Modell berücksichtigte unabhängige Variable. Diese Koeffizienten geben an, ob und wenn ja, wie stark und in welcher Weise (positiv oder negativ) sich ein Erklärungsfaktor auf die abhängige Variable auswirkt. Aus der bisherigen Forschung und den vorstehenden Analysen ergibt sich die Notwendigkeit zur Untersuchung einer ganzen Reihe von Erklärungsfaktoren.

Empirische Studien zeigen, dass die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger in Europa (Irondele et al. 2015; Steinbrecher 2018) und in Deutschland (Endres 2018; Graf 2018) zur EU-Verteidigungskooperation (GSVP: Irondele et al. 2015, Endres 2018; GSVP und EU-Armee: Graf 2018, Steinbrecher 2018) maßgeblich durch deren außen- und sicherheitspolitische Grundhaltungen beeinflusst wird. Ausgehend von der Hypothese einer hierarchischen Strukturierung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen hat die Forschung eine Reihe *abstrakter* außen- und sicherheitspolitischer Grundhaltungen identifiziert (z.B. Asmus et al. 2005; Bardes/Oldendick 1990; Chittick et al. 1995),³² welche die Einstellungen zu *spezifischen* außen- und sicherheitspolitischen Themen beeinflussen (vgl. Hurwitz/Peffley 1987; Hurwitz et al. 1993; Peffley/Hurwitz 1993)³³ und dadurch einen Meinungsbildungsprozess ermöglichen, der weitestgehend *unabhängig* vom konkreten Wissensstand zu den spezifischen Themen ist (vgl. Feldman 1988; Hurwitz/Peffley 1987). Die vier prominentesten Grundhaltungen sind Internationalismus, Multilateralismus, Militarismus und Atlantizismus. Diese vier Dimensionen reflektieren

³² In der englischsprachigen Literatur hat sich der Begriff „strategic postures“ etabliert.

³³ Für ausführlichere Erläuterungen zur Rolle und Wirkungsweise der außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen sei auf den Sammelband von Biehl und Schoen (2015) sowie die Studien von Endres (2018), Irondele et al. (2015), Mader (2015, 2017) und Rattinger et al. (2016) verwiesen.

die persönliche Überzeugung, dass die vitalen Interessen des eigenen Landes am besten durch ein aktives Engagement in der Weltpolitik (Internationalismus), durch die internationale Zusammenarbeit mit Verbündeten (Multilateralismus), durch den Einsatz militärischer Mittel in der Außenpolitik (Militarismus) und – im Fall europäischer Länder – durch die Orientierung der eigenen Außenpolitik an der der USA (Atlantizismus) gewahrt werden können. Empirische Studien für Deutschland zeigen, dass Internationalismus und Multilateralismus einen signifikanten und positiven Effekt auf die Einstellung zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) haben, während der Einfluss der militaristischen und atlantizistischen Grundeinstellungen nicht statistisch signifikant ist (Mader 2015: 85). Ähnliche Effekte zeigen sich für die Zustimmung zur GSVP (Endres 2018). Die umfassendste empirische Untersuchung der öffentlichen Meinung in Deutschland zur EU-Verteidigungszusammenarbeit wurde im Jahr 2018 vom ZMSBw veröffentlicht (Graf 2018).³⁴ Diese Untersuchung zeigt, dass eine internationalistische, multilateralistische und militaristische Grundhaltung einen positiven Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit hat, während die Überzeugung, dass sich Deutschlands Außenpolitik an der der USA orientieren sollte, keinen statistisch signifikanten Einfluss hat.

Neben den außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen spielt die Verbundenheit mit der EU und der eigenen Nation eine wichtige Rolle für die Einstellung zur EU-Verteidigungskooperation. Die bisherige Forschung zeigt, dass die Verbundenheit mit der EU einen positiven Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit hat (Graf 2018; Kentmen 2010; Schoen 2008; Steinbrecher 2018). Die Rolle der Verbundenheit mit der Nation gestaltet sich hingegen etwas komplexer, denn die bloße Verbundenheit mit der eigenen Nation hat keinen (Graf 2018; Schoen 2008) oder sogar einen positiven Einfluss (Steinbrecher 2018) auf die Einstellung zur EU-Verteidigungskooperation (GSVP und EU-Armee), während die nationale Identifikation in bewusster Abgrenzung zur EU einen signifikanten negativen Effekt hat (Schoen 2008; Steinbrecher 2018).

Des Weiteren ist anzunehmen, dass die Einstellung zum Aufbau gesamteuropäischer Verteidigungsstrukturen durch die persönliche Haltung der Befragten zu den nationalen Streitkräften, hier also der Bundeswehr, beeinflusst wird. Die Haltung zur Bundeswehr wird in der nachfolgenden Analyse als Indexvariable operationalisiert und umfasst das

³⁴ Die abhängige Variable „EU-Verteidigungszusammenarbeit“ in der Untersuchung von Graf (2018) ist in ihrer Operationalisierung identisch mit der hier verwendeten Variable „EU-Verteidigungszusammenarbeit“ und umfasst somit nicht nur die Zustimmung zur GSVP, sondern auch zum Auftreten der EU als eigenständigem sicherheits- und verteidigungspolitischen Akteur und die Zustimmung zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee im Rahmen der EU. Eine derart umfassende Operationalisierung findet sich in keiner anderen empirischen Untersuchung über die öffentliche Meinung in Deutschland zu diesem Thema.

Vertrauen in die Bundeswehr, die allgemeine Einstellung zur Bundeswehr sowie das Ansehen, das die Bundeswehr bei den Befragten hat.³⁵ Zwei konkurrierende Hypothesen lassen sich formulieren: Erstens, je positiver die Haltung zur Bundeswehr, desto kritischer wird die EU-Verteidigungskooperation gesehen, da diese den Fortbestand der *nationalen* Streitkräfte infrage stellen könnte. Zweitens, je positiver die Haltung zur Bundeswehr, desto positiver wird auch die EU-Verteidigungszusammenarbeit bewertet, weil a) die Einstellung zur Bundeswehr die Einstellung zum Militär im Allgemeinen erfasst und/oder b) die Bundeswehr als wesentlicher Bestandteil einer zukünftigen europäischen Streitkraft gesehen wird. Neben der grundsätzlichen Haltung der Befragten zur Bundeswehr soll eine Leistungsbeurteilung der Streitkräfte Eingang in die Analyse finden. Die Mehrheit der Befragten (54 Prozent) ist der Überzeugung, dass durch die Schaffung einer europäischen Armee die Leistungsfähigkeit im Vergleich zu den bestehenden nationalen Streitkräften erhöht werden kann (vgl. Abbildung 7.2). Vor diesem Hintergrund ist es denkbar, dass eine schlechtere Bewertung der Leistung der Bundeswehr zu einer stärkeren Unterstützung für die EU-Verteidigungszusammenarbeit führt. Der Leistungsbewertung der Bundeswehr in ihren Auslandseinsätzen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, sind doch diese Einsätze neben den Maßnahmen zur Bündnis- und Landesverteidigung (z.B. Air Policing im Baltikum) ihr Hauptauftrag und somit einer der besten Indikatoren für die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr überhaupt.

In der Literatur zur EU-Verteidigungszusammenarbeit werden insbesondere die Spannungen im transatlantischen Verhältnis und die Bedrohung deutscher und europäischer Sicherheitsinteressen durch Russlands Außen- und Verteidigungspolitik als maßgebliche Treiber der Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit diskutiert (z.B. Bartels 2017; Daehnhardt 2018; Dembinski/Peters 2018; Ehle 2018; Kellner/Optenhögel 2017; Lippert et al. 2019; Meyer zum Felde 2018; Patrick 2017). Ob diese strategischen Faktoren die öffentliche Meinung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit beeinflussen, wird in der folgenden Analyse erstmals empirisch getestet. Mit Blick auf die USA wird untersucht, ob der Wunsch der Befragten nach einer außenpolitischen Emanzipation Deutschlands von den USA und die Wahrnehmung, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der USA den Zusammenhalt in der NATO gefährdet, zu einer stärkeren Unterstützung für die EU-Verteidigungszusammenarbeit führen. Neben der Wahrnehmung der USA könnte die Wahrnehmung Russlands als Bedrohung eine Rolle spielen. So zeigen die Ergebnisse in Abbildung 7.2, dass eine relative Mehrheit (44 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger der Überzeugung ist, dass Europa mit einer gemeinsamen Armee der

³⁵ Die drei Items (Ansehen, Vertrauen und Einstellung) weisen eine gute Skalenreliabilität auf (Cronbachs alpha = 0,89).

militärischen Herausforderung durch Russland besser begegnen könnte. Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass die Wahrnehmung einer russischen Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands einen positiven Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit hat, könnte der Aufbau gesamteuropäischer Verteidigungsstrukturen doch zu einer effektiveren Abschreckung Russlands beitragen.

In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, die Einstellung der Befragten zu Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO als weitere Erklärungsgröße zu berücksichtigen. Die Ergebnisse in den Abschnitten 5 und 8 haben bereits gezeigt, dass diejenigen, die Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO befürworten, die EU-Verteidigungszusammenarbeit stärker unterstützen als die NATO-Gegner. Da jedoch sowohl die Zustimmung zur NATO als auch zur EU-Verteidigungszusammenarbeit statistisch signifikante Beziehungen zur Einstellung der Befragten zum Multilateralismus aufweisen (vgl. Abschnitt 5), ist zu prüfen, ob die Zustimmung zur NATO auch dann noch einen Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit hat, wenn die Einstellung der Befragten zum Multilateralismus in der Analyse kontrolliert wird. Bleibt der NATO-Effekt in diesem Falle statistisch signifikant, so wäre dieser unabhängig von der Einstellung zum Multilateralismus wirksam. Wird der NATO-Effekt jedoch statistisch insignifikant, so muss dieser Effekt der Einstellung zum Multilateralismus zugeschrieben werden.

Abschließend werden ausgewählte politische Einstellungen sowie das Interesse an Politik im Allgemeinen und Verteidigungspolitik im Besonderen als weitere Erklärungsfaktoren berücksichtigt. Insbesondere der deutsche Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr wird in der politischen Debatte oftmals als Argument gegen die Schaffung einer europäischen Armee bzw. einer vertieften europäischen Verteidigungszusammenarbeit angeführt (vgl. Abschnitt 7). Es besteht die Sorge, dass die Schaffung gesamteuropäischer Verteidigungsstrukturen und die damit notwendigen Reformen politischer Entscheidungsprozesse zu einem Verlust der Kontrolle des Deutschen Bundestags über die Streitkräfte führen könnten. Vor dem Hintergrund dieser Debatte ist anzunehmen, dass Personen, die sich für die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte aussprechen, dem weiteren Ausbau gesamteuropäischer Verteidigungsstrukturen skeptischer gegenüberstehen als Personen, die eher für eine „Exekutivarmee“ plädieren. Die Ergebnisse in Tabelle 7.2 scheinen diese Annahme zu bestätigen, zumindest in Bezug auf die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee. Ob dieser Zusammenhang bestehen bleibt, wenn die erklärende Variable um die Einstellung der Befragten zur GSVP und zum Auftreten der EU als eigenständigem verteidigungspolitischen Akteur erweitert wird und die Einflüsse der übrigen Erklärungsfaktoren berücksichtigt werden, wird nachfolgend überprüft.

Eine weitere wichtige Determinante der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit ist die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU (Schoen 2008; Steinbrecher

2018), die in der Meinungsforschung zur EU als Indikator für die Performanzbewertung der EU-Institutionen genutzt wird (Karp/Bowler 2006). Die bivariate Analyse in Abschnitt 6 (vgl. Tabelle 6.1) hat gezeigt, dass die Zustimmung der AfD-Anhänger zur EU-Verteidigungskooperation deutlich geringer ausfällt als bei den anderen Wählergruppen, weshalb die Wahlabsicht für die AfD ebenfalls als relevante Erklärungsgröße in der Analyse berücksichtigt werden muss. Das Interesse der Befragten an Politik im Allgemeinen und das Interesse an Verteidigungspolitik im Besonderen dienen als Kontrollvariablen. Empirische Untersuchungen zur öffentlichen Meinung über die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben gezeigt, dass der Wissensstand über die Auslandseinsätze einen sehr starken Einfluss auf die Zustimmung zu den Auslandseinsätzen hat (Biehl 2018). Da Interesse und Wissen aber nicht das Gleiche sind, lassen sich für das (verteidigungs-)politische Interesse auch keine klaren Hypothesen formulieren.

Insgesamt werden sechs Modelle berechnet (vgl. Tabelle 9.1). Die Modelle I–V berücksichtigen immer den Einfluss der soziodemografischen Kontrollvariablen sowie einer Gruppe von Erklärungsvariablen auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit. Der Einfluss der soziodemografischen Kontrollvariablen wird nicht gesondert ausgewiesen, weil diese nur knapp 2 Prozent der Varianz in der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit erklären und keine starken Effekte aufweisen.³⁶ Dieses Vorgehen ermöglicht es, den Effekt der jeweiligen Indikatoren auf die Haltung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit separat zu schätzen und dann miteinander zu vergleichen (Biehl 2012).³⁷ Abschließend wird in Modell VI in einer Art Gesamtschau umfassend getestet, inwieweit sich die Einflüsse der unterschiedlichen Erklärungsfaktoren auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit wechselseitig überlagern oder aufheben. Die Operationalisierung der einzelnen Variablen ist in Tabelle A1 im Anhang dargestellt.

³⁶ Männer, Personen mit hohem Einkommen und Menschen mit Migrationshintergrund haben eine statistisch signifikant positivere Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Die soziodemografischen Variablen gehen als Kontrollvariablen in die Modelle I–VI ein (vgl. Tabelle 9.1).

³⁷ Bezogen auf das gesamte Modell versucht die lineare Regression mithilfe der Streuung oder Variation der unabhängigen Variablen die Streuung der abhängigen Variable (um den Mittelwert) zu erklären. Ein Maß für die Güte dieser Erklärungsleistung ist R^2 . Dieses Maß nimmt einen Wertebereich zwischen 0 und 1 an. Der Wert 0 bedeutet, dass die Streuung der abhängigen Variable nicht durch die ins Modell aufgenommenen unabhängigen Variablen erklärt werden kann – es besteht kein (linearer) Zusammenhang. Der Wert 1 bedeutet, dass die Streuung der abhängigen Variable vollständig erklärt werden kann und somit ein perfekter linearer Zusammenhang besteht. Da R^2 von der Zahl der unabhängigen Variablen und vom Stichprobenumfang beeinflusst wird, werden diese beiden Aspekte bei multivariaten Regressionen berücksichtigt und korrigiert, daher wird in den Analysen dieses Berichts das korrigierte R^2 ausgewiesen.

Tabelle 9.1: Determinanten der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit

	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V	Modell VI
Außenpolitische Grundhaltungen						
Atlantizismus	-0,04 ^{n.s.}					-0,03 ^{n.s.}
Internationalismus	0,13 ^{***}					0,10 ^{***}
Militarismus	0,24 ^{***}					0,18 ^{***}
Multilateralismus	0,26 ^{***}					0,16 ^{***}
Verbundenheit						
Deutschland		0,10 ^{***}				0,03 ^{n.s.}
Europäische Union		0,26 ^{***}				0,14 ^{***}
Einstellungen zur Bundeswehr						
Persönliche Haltung zur Bundeswehr			0,08*			-0,04 ^{n.s.}
Leistung der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen			0,17 ^{***}			0,01 ^{n.s.}
Einstellungen zur internationalen Sicherheitspolitik						
Einstellung zu Deutschlands NATO-Engagement				0,27 ^{***}		0,11 ^{***}
DEU sollte gegenüber USA selbstbewusster auftreten				0,16 ^{***}		0,11 ^{***}
Außenpolitik der USA gefährdet NATO				0,10 ^{***}		0,11 ^{***}
Russland bedroht Deutschlands Sicherheit				0,06*		0,02 ^{n.s.}
Politische Einstellungen und Interesse						
Zustimmung zur parl. Kontrolle der Bundeswehr					-0,03 ^{n.s.}	-0,07 ^{**}
Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU					0,16 ^{***}	0,05*
Interesse an Verteidigungspolitik					0,04 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}
Interesse an Politik					0,14 ^{***}	0,03 ^{n.s.}
Wahlabsicht AfD					-0,07 ^{**}	-0,04 ^{n.s.}
Korrigiertes R ²	0,22	0,11	0,07	0,15	0,08	0,28
N	1487	1487	1487	1487	1487	1487

Anmerkungen: Wertebereich der abhängigen Variable [0 = völlige Ablehnung; 1 = völlige Zustimmung]. Alle erklärenden Variablen haben einen Wertebereich von [0 = negative bzw. niedrige Ausprägung; 1 = positive bzw. hohe Ausprägung]. Die Operationalisierung der Variablen ist in Tabelle A1 im Anhang dargestellt. Analyseverfahren: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Die Modelle I–VI wurden nur für die Befragten berechnet, die gültige Werte für alle in der Analyse berücksichtigten Variablen aufweisen. Die soziodemografischen Variablen Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung und Migrationshintergrund gehen in alle Modelle als Kontrollvariablen ein (siehe auch Erklärung in Fußnote 36).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

Die *außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen* der Befragten erklären nahezu ein Viertel der Varianz (R² = 0,22) in der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit (vgl. Modell I, Tabelle 9.1). Die Überzeugung, dass sich die deutsche Außenpolitik an der der USA orientieren sollte (Atlantizismus), hat unter Berücksichtigung der übrigen außenpolitischen Grundhaltungen jedoch keinen eigenständigen Einfluss. Überzeugte „Transatlantiker“ stehen der europäischen Verteidigungskooperation also nicht skeptischer gegenüber als andersdenkende Bundesbürger. Internationalismus, Militarismus und Multilateralismus haben hingegen positive Einflüsse: Je mehr man eine aktive deutsche Außenpolitik, außenpolitisches Handeln in Absprache mit Verbündeten und den Einsatz militärischer Mittel in der Außenpolitik begrüßt, umso stärker unterstützt man die EU-Verteidigungszusammenarbeit. Dieses Ergebnis ist wenig überraschend, ist doch die ver-

tiefe Verteidigungszusammenarbeit in der EU selbst Ausdruck einer internationalistischen, multilateralistischen und einer militaristischen politischen Überzeugung (vgl. European Union 2016). Wer also diese außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen teilt, ist daher eher geneigt, die EU-Verteidigungszusammenarbeit zu befürworten als die Unilateralisten, Isolationisten und Anti-Militaristen in der deutschen Bevölkerung. Die positiven Effekte der multilateralistischen und internationalistischen Grundhaltungen decken sich mit den empirischen Befunden anderer deutscher Forschungsarbeiten zu diesem Thema (Endres 2018; Graf 2018; Mader 2015). Der positive Effekt der militaristischen Grundhaltung steht den bisherigen Befunden der deutschen Forschungsliteratur entgegen (Endres 2018: 162; Mader 2015: 85).³⁸

Die *Verbundenheit* mit der EU und mit Deutschland hat jeweils einen positiven Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit, wobei der Einfluss der Verbundenheit mit der EU fast dreimal so groß ist (vgl. Modell II). Diese Effekte decken sich mit den Ergebnissen anderer empirischer Studien (Graf 2018; Kentmen 2010; Schoen 2008; Steinbrecher 2018). Die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit ist Teil größerer europäischer Integrationsbestrebungen im Rahmen der EU. Wer sich mit diesem Projekt als Ganzes identifiziert, stimmt eher der vertieften Integration in Teilbereichen zu, in diesem Fall der Verteidigungspolitik. Die Verbundenheit mit der EU und der Nation erklärt 11 Prozent der Varianz in der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit.

Wie wirken sich die *Einstellungen der Bundesbürger zur Bundeswehr* aus? Ob man eine positive oder negative Haltung zu den nationalen Streitkräften hat, scheint für die Zustimmung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit nahezu unerheblich zu sein, denn der entsprechende Effekt ist schwach (vgl. Modell III). Daraus lässt sich ableiten, dass jene Bürger, die der Bundeswehr wohlgesonnen sind, einer weiteren Vertiefung der europäischen Verteidigungskooperation eher positiver gegenüberstehen als diejenigen, die eine ambivalente oder negative Haltung zur „eigenen Truppe“ haben. Die Bewertung der Leistung der Bundeswehr bei ihren Auslandseinsätzen spielt eine viel größere Rolle: Je positiver die Leistung der Bundeswehr in den Auslandseinsätzen beurteilt wird, umso mehr wird

³⁸ Traditionell wird Militarismus als die Zustimmung zu der Aussage „Unter bestimmten Bedingungen ist Krieg notwendig, um Gerechtigkeit zu erlangen“ sowie die Ablehnung der Aussage „In internationalen Krisen ist wirtschaftliche Macht wichtiger als militärische Macht“ operationalisiert. Konkret wird aus den Antworten auf diese beiden Aussagen eine Indexvariable gebildet. Verwendet man diese Indexvariable anstatt der hier verwendeten Operationalisierung (vgl. Anhang, Tabelle A1) in einem ansonsten identischen Modell (vgl. Modell I, Tabelle 9.1), so hat die militaristische Grundhaltung noch immer einen positiven Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit, obgleich der Effekt deutlich schwächer ist ($\beta = 0,10$; $p < 0,01$). Die traditionelle Operationalisierung wurde in der vorliegenden Analyse bewusst nicht verwendet, weil die beiden Militarismus-Items eine nicht akzeptable Reliabilität aufweisen (Cronbachs $\alpha = 0,26$) und nur schwach miteinander korrelieren ($r = 0,16$; $p < 0,001$).

die EU-Verteidigungszusammenarbeit befürwortet. Dieser Effekt entspricht nicht der Hypothese (negativer Effekt). Wie lässt sich der unerwartet positive Effekt also erklären? Realistisch gesehen, kann die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Leistung der Bundeswehr bei ihren Auslandseinsätzen gar nicht beurteilen, weil ihnen die Auslandseinsätze größtenteils unbekannt sind (Biehl 2018) und damit das nötige Wissen über die Ziele und Erfolge dieser Einsätze fehlt. Es ist daher anzunehmen, dass die Beurteilung der Leistung der Bundeswehr bei ihren Auslandseinsätzen, so wie sie in der ZMSBW-Bevölkerungsbefragung erhoben wurde, eher eine abstrakte Zustimmung oder Ablehnung zu den Einsätzen reflektiert als eine tatsächliche Leistungsbewertung, die eben einen gewissen Wissensstand voraussetzt, über den die Mehrheit der Befragten aber nicht verfügt.³⁹ Außerdem weist die Beurteilung der Leistung bei Auslandseinsätzen eine signifikante und positive Korrelation ($r = 0,39$; $p < 0,001$) zur militaristischen Grundhaltung auf, was darauf hindeutet, dass eine positive Leistungseinschätzung, zumindest teilweise, Ausdruck einer militaristischen Grundhaltung sein könnte. Wenn dem so ist, dann müsste der statistisch signifikante Effekt der Leistungsbeurteilung auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit verschwinden (d.h. nicht länger statistisch signifikant sein), wenn der Einfluss der militaristischen Grundhaltung kontrolliert wird (vgl. Modell VI). Insgesamt erklärt die Haltung zur Bundeswehr nur 7 Prozent der Varianz in der Einstellung der Befragten zur EU-Verteidigungszusammenarbeit.

Als nächstes wird der Einfluss der *Einstellung zu verschiedenen Aspekten der internationalen Sicherheitspolitik* untersucht (vgl. Modell IV). Die Einstellung zu Deutschlands sicherheits- und verteidigungspolitischem Engagement und der NATO-Mitgliedschaft hat einen signifikanten positiven Einfluss auf die Einstellung zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit. Wie in den Analysen in Abschnitt 8 (vgl. Tabelle 8.1) zeigt sich erneut: NATO-Befürworter unterstützen die EU-Verteidigungszusammenarbeit stärker als NATO-Gegner. Diese Erkenntnis legt nahe, dass die Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit wohl eher als Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO gesehen wird und nicht als Aufbau eines mit der NATO konkurrierenden Verteidigungsbündnisses. Des Weiteren zeigt sich, dass der Wunsch nach einer außen- und sicherheitspolitischen Emanzipation Deutschlands von den USA positiv auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit wirkt. In diesem Zusammenhang sei auf die Ergebnisse in Abbildung 7.2 hingewiesen: 51 Prozent der Bundesbürger sind davon überzeugt, dass sich durch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee die Abhängigkeit Europas von den USA in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verringern ließe. Die

³⁹ Die Variable „Beurteilung der Leistung der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen“ weist eine relativ schwache und positive Korrelation zum Wissen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr auf ($r = 0,10$; $p < 0,001$) und eine sehr viel stärkere Korrelation zur Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr ($r = 0,47$; $p < 0,001$).

Sorge, die Außen- und Sicherheitspolitik der USA gefährde den Zusammenhalt in der NATO, hat zwar ebenfalls einen positiven Effekt, doch dieser ist deutlich schwächer. Die Zustimmung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit wird also eher nicht von der Sorge um einen von den USA provozierten Bruch innerhalb der NATO getrieben, sondern von dem Wunsch nach außenpolitischer Emanzipation Deutschlands. Die Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands hat nur einen marginalen positiven Effekt. Dennoch bleibt festzustellen: Eine relative Mehrheit (44 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger ist davon überzeugt, dass eine gemeinsame Armee der EU dabei helfen könnte, der militärischen Herausforderung durch Russland besser zu begegnen (vgl. Abbildung 7.2). Die Einstellungen zur internationalen Sicherheitspolitik erklären insgesamt 15 Prozent der Varianz in der Einstellung zur EU-Verteidigungskooperation, wobei der Einstellung zu Deutschlands Engagement und Mitgliedschaft in der NATO die mit Abstand größte Bedeutung zukommt.

Abschließend wird der Einfluss *weiterer politischer Einstellungen* sowie des (verteidigungs-)politischen *Interesses* überprüft (vgl. Modell V). Die in politischen Debatten oftmals geäußerte Sorge, der Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestags könnte zu einem möglichen Hindernis auf dem Weg zu gesamteuropäischen Verteidigungsstrukturen werden, findet in der Bevölkerung so keinen Widerhall, denn die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte wirkt sich nicht statistisch signifikant auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit aus. Einen vergleichsweise starken Effekt hat dagegen die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU. Offensichtlich geht eine positive Performanzbewertung der EU mit einer größeren Bereitschaft einher, die europäische Integration im Rahmen der EU weiter zu vertiefen, in diesem Fall in der Verteidigungspolitik (Schoen 2008, Steinbrecher 2018). Die Zustimmung zur europäischen Kooperation in der Verteidigungspolitik steigt ebenfalls mit dem Interesse an Politik im Allgemeinen, nicht jedoch mit dem Interesse an Verteidigungspolitik. Die Wahlabsicht für die AfD wirkt sich dagegen leicht negativ aus, was sich mit dem Ergebnis der bivariaten Analyse in Tabelle 6.1 deckt.

In der Gesamtschau bestätigt sich erneut die herausragende Bedeutung der außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen, insbesondere des Multilateralismus und Militarismus, und der Verbundenheit mit der EU (vgl. Modell VI). Darüber hinaus spielt der Wunsch nach einer außenpolitischen Emanzipation von den USA und die Sorge vor einer durch die USA herbeigeführten Schwächung des Zusammenhalts in der NATO eine Rolle. Wichtig ist zudem, dass die Einstellung zu Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO selbst dann einen signifikanten positiven Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit hat, wenn die Einstellung der Befragten zum Multilateralismus kontrolliert wird, d.h. die Zustimmung zur NATO wirkt unabhängig

von der Einstellung zum Multilateralismus. Offenkundig wird die EU-Verteidigungszusammenarbeit als Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO verstanden. Erstaunlich ist die Tatsache, dass der Einfluss der Einstellung zum Parlamentsvorbehalt unter Berücksichtigung aller übrigen Erklärungsvariablen plötzlich einen statistisch signifikanten Effekt hat, d.h. der Effekt dieser Variable wurde zunächst durch andere Erklärungsfaktoren überlagert und tritt erst zutage, wenn die Einflüsse der übrigen Variablen kontrolliert werden. Der negative Effekt der Befürwortung der Parlamentskontrolle deckt sich letztendlich mit dem Befund, dass die Verfechter der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte dem Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee kritischer gegenüberstehen als die Befürworter einer „Exekutivarmee“ (vgl. Tabelle 7.2). Alle anderen Variablen haben keinen oder nur einen marginalen Effekt. Das Gesamtmodell erklärt 28 Prozent der Varianz in der Einstellung der Befragten zur EU-Verteidigungszusammenarbeit.

Außenpolitische Grundhaltungen in soziodemografischen Gruppen

Von allen in der vorherigen Analyse berücksichtigten Einflussfaktoren beeinflussen die außenpolitischen Grundhaltungen, insbesondere Multilateralismus und Militarismus, die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit am stärksten. Aus diesem Grund ist es untersuchenswert, ob für die außenpolitischen Grundorientierungen signifikante Unterschiede zwischen den soziodemografischen Teilgruppen sowie den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung bestehen.

Bei der Variable Militarismus handelt es sich um eine Indexvariable, die die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel in der deutschen Außenpolitik abbildet. Die anderen drei Grundhaltungen wurden mit einzelnen Items operationalisiert. Die Operationalisierung der außenpolitischen Grundhaltungen ist in Tabelle A1 im Anhang dargestellt. Damit die Werte der vier außenpolitischen Grundhaltungen miteinander verglichen werden können, werden im Folgenden Mittelwerte berichtet. Alle Variablen weisen einen Wertebereich von 0 bis 1 auf. Hohe Werte zeigen eine eher militaristische, internationalistische, multilateralistische oder atlantizistische Grundorientierung an. Niedrige Werte repräsentieren dagegen eine eher anti-militaristische, isolationistische, unilateralistische oder anti-atlantizistische Grundhaltung.

Hinsichtlich der Überzeugung, dass die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik der USA folgen sollte (Atlantizismus), bestehen einzig zwischen den verschiedenen Wählergruppen und zwischen den Regionen statistisch signifikante Einstellungsunterschiede (vgl. Tabelle 9.2). Die Anhänger der AfD (0,47) und der Linken (0,49) sowie die Befragten ohne Parteipräferenz bzw. Nichtwähler (0,48) sprechen sich im Durchschnitt weniger stark für eine außenpolitische Orientierung an den USA aus als die übrigen Wählergruppen. Die Befragten in Süd- (0,49) und Ostdeutschland (0,51) weisen eine im Durchschnitt geringere transatlantische Orientierung auf als jene in Nord- (0,55) und Westdeutschland (0,54).

Die Überzeugung, dass Deutschland eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen sollte (Internationalismus), erfährt statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Einkommens- und Wählergruppen sowie zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund. Die Zustimmung zu einer aktiven Rolle Deutschlands in der Weltpolitik steigt mit höherem Einkommen und ist bei Befragten mit Migrationshintergrund (0,65) signifikant stärker ausgeprägt als bei jenen ohne Migrationshintergrund (0,58). Die Anhänger der AfD (0,53) und der Linken (0,55) sowie die Nichtwähler (0,54) weisen im Durchschnitt eine weniger internationalistische Einstellung auf als die übrigen Wählergruppen.

Hinsichtlich der Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel in der deutschen Außenpolitik (Militarismus) bestehen statistisch signifikante Unterschiede zwischen allen soziodemografischen Teilgruppen mit Ausnahme der Alters- und Bildungsgruppen. Männer (0,57) unterstützen den Einsatz militärischer Mittel in der deutschen Außenpolitik etwas stärker als Frauen (0,55). In der Einkommensgruppe bis 2.000 Euro (0,54) ist die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel schwächer ausgeprägt als in den beiden höheren Einkommensgruppen (beide 0,57). Die Anhänger der SPD (0,62), CDU/CSU (0,60) und FDP (0,59) weisen eine stärker militaristische Grundeinstellung auf als die übrigen Wählergruppen, insbesondere im Vergleich zu den Anhängern der Linken (0,49). Im Vergleich der Regionen fällt auf, dass die Befragten in Ost- (0,51) und Norddeutschland (0,54) eine weniger militaristische Einstellung haben als jene in Süd- und Westdeutschland (beide 0,58). Befragte mit Migrationshintergrund (0,63) befürworten den Einsatz militärischer Mittel in der deutschen Außenpolitik signifikant stärker als jene ohne Migrationshintergrund (0,55).

In der Überzeugung, dass sich Deutschland im Krisenfall auf eine gemeinsame Haltung mit Verbündeten einigen sollte (Multilateralismus), unterscheiden sich die Alters-, Einkommens- und Wählergruppen sowie Befragte mit und ohne Migrationshintergrund statistisch signifikant voneinander. Die Zustimmung zum Multilateralismus ist in der jüngsten Altersgruppe (16 bis 29 Jahre) etwas schwächer ausgeprägt (0,75) als in den älteren Teilgruppen (0,77 bis 0,79) und erhöht sich bei steigendem Einkommen der Befragten. Sie ist bei Befragten mit Migrationshintergrund (0,81) stärker ausgeprägt als bei jenen ohne Migrationshintergrund (0,77). Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass die Anhänger der AfD (0,73) und der Linken (0,75) sowie Nichtwähler bzw. Befragte ohne Parteipräferenz (0,72) weniger multilateralistisch eingestellt sind als die übrigen Wählergruppen.

Tabelle 9.2: Außenpolitische Grundhaltungen in soziodemografischen Gruppen

„Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ (Mittelwerte)				
	Atlantizismus	Internationa- lismus	Militarismus	Multilatera- lismus
Insgesamt	0,52	0,58	0,56	0,77
Geschlecht	n.s.	n.s.	**	n.s.
Männer	0,52	0,59	0,57	0,78
Frauen	0,52	0,58	0,55	0,77
Alter	n.s.	n.s.	n.s.	*
16 bis 29 Jahre	0,53	0,60	0,56	0,75
30 bis 49 Jahre	0,53	0,60	0,56	0,77
50 bis 69 Jahre	0,50	0,58	0,56	0,79
70 Jahre und älter	0,53	0,57	0,55	0,78
Bildungsniveau	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,53	0,60	0,57	0,78
Realschulabschluss	0,52	0,57	0,56	0,77
Hauptschulabschluss	0,51	0,58	0,56	0,78
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	*	**	**
4.001 Euro und mehr	0,51	0,61	0,57	0,79
2.001 bis 4.000 Euro	0,53	0,59	0,57	0,78
Bis 2.000 Euro	0,52	0,57	0,54	0,75
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	0,55	0,60	0,60	0,79
SPD	0,58	0,65	0,62	0,82
AfD	0,47	0,53	0,55	0,73
FDP	0,54	0,59	0,59	0,80
Die Linke	0,49	0,55	0,49	0,75
Bündnis 90/Die Grünen	0,52	0,61	0,55	0,80
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,48	0,54	0,51	0,72
Region	***	n.s.	***	n.s.
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,55	0,57	0,54	0,78
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,51	0,59	0,51	0,79
Süddeutschland (BW, BY)	0,49	0,58	0,58	0,77
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,54	0,59	0,58	0,77
Migrationshintergrund	n.s.	***	***	**
Ja	0,53	0,65	0,63	0,81
Nein	0,52	0,58	0,55	0,77

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0; 1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Operationalisierung der Variablen ist in Tabelle A1 im Anhang dargestellt.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des ZMSBw 2019.

10 Fazit

Insgesamt lassen sich die Ergebnisse der vorgestellten Analysen wie folgt zusammenfassen: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland befürwortet die Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union. Eine relative Mehrheit von 46 Prozent wünscht sich zudem den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee und unterstützt damit eine Entwicklungsperspektive, die über den Status quo der engen militärischen Kooperation nationaler Streitkräfte hinausgeht. Eine klare Mehrheit der Bundesbürger ist zudem davon überzeugt, dass die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee einen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa leisten, den Zusammenhalt in Europa stärken, Europa mehr Einfluss in der Welt geben und die Leistungsfähigkeit im Vergleich zu den bestehenden nationalen Armeen vergrößern könnte.

Die öffentliche Meinung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit wurde in der bisherigen Umfrageforschung durch die zustimmende oder ablehnende Haltung zu relativ abstrakten Aussagen erfasst. Die öffentliche Meinung zu konkreten EU-Verteidigungsinitiativen, wie z.B. PESCO oder dem EDF, wurde bis dato nicht erhoben. Die Ergebnisse der sicherheitspolitischen Umfrageforschung des ZMSBw zeigen jedoch, dass die Zustimmung zu relativ abstrakten Bewertungsgegenständen zum Teil deutlich höher ausfallen kann als die Zustimmung zu konkreten Aspekten (Biehl 2018; Steinbrecher et al. 2018). So zeigt die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019 (Steinbrecher et al. 2019), dass sich eine klare Mehrheit der Bundesbürger dafür ausspricht, die Bundeswehr einzusetzen, um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen (71 Prozent Zustimmung) oder bedroht wird (68 Prozent Zustimmung). Dagegen begrüßen lediglich 32 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die konkrete Beteiligung der Bundeswehr am Air Policing im Baltikum zur Kontrolle des dortigen Luftraums und nur 27 Prozent glauben, dass Deutschland die baltischen Staaten militärisch unterstützen sollte, damit sich diese gegen Russland wehren können. Sollte die öffentliche Meinung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit konkreter abgefragt werden als dies bisher der Fall ist, so ist nicht auszuschließen, dass die Zustimmungswerte geringer ausfallen als die zu den abstrakten Aussagen.

Ungeachtet der positiven öffentlichen Meinung zur EU-Verteidigungskooperation zeigen die Ergebnisse der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung aus dem Vorjahr (2018): Eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist davon überzeugt, dass die NATO in Zukunft das wichtigste Sicherheitsbündnis der westlichen Staaten bleibt, obwohl die europäischen Staaten immer enger militärisch zusammenarbeiten. Grundsätzlich werden die Mitgliedschaft und das Engagement Deutschlands in der NATO von einer klaren Mehrheit der Bundesbürger befürwortet. Die vorstehenden Analysen haben zudem gezeigt, dass die Einstellung der Befragten zu Deutschlands NATO-Mitgliedschaft und Engagement einen

positiven Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit hat. Obwohl die hohen Zustimmungswerte zur NATO und zur EU-Verteidigungszusammenarbeit und deren positiver statistischer Zusammenhang als Ausdruck der grundsätzlichen Zustimmung der Bevölkerung zum Multilateralismus interpretiert werden können, hat sich gezeigt, dass die NATO-Befürworter die EU-Verteidigungszusammenarbeit stärker unterstützen als die NATO-Gegner und zwar unabhängig von ihrer Einstellung zum Multilateralismus. Die EU-Verteidigungszusammenarbeit wird also offenkundig nicht als Konkurrenz zur NATO empfunden, sondern eher als Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO. Neben der Befürwortung der NATO wird die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit maßgeblich von der Verbundenheit mit der EU, der Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik (Militarismus) und dem Wunsch nach einem gemeinsamen Vorgehen in der Außen- und Sicherheitspolitik mit verbündeten Nationen (Multilateralismus) positiv beeinflusst.

Im Kontext der anhaltenden Debatte über die Spannungen im transatlantischen Verhältnis ist zudem folgende Erkenntnis interessant: Die EU-Verteidigungszusammenarbeit wird tatsächlich umso stärker unterstützt, je mehr man die Überzeugungen teilt, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der USA den Zusammenhalt der NATO gefährdet und Deutschland seine Interessen gegenüber den USA selbstbewusster vertreten sollte. Die grundsätzliche Überzeugung, dass sich die deutsche Außenpolitik an der der USA orientieren sollte (Atlantizismus), hat hingegen keinen Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit. Aus diesen Beobachtungen lässt sich ableiten, dass die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zur EU-Verteidigungskooperation teilweise von einem kritischen Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik der USA getrieben wird und die „Transatlantiker“ in der deutschen Bevölkerung einer weiteren Vertiefung der Verteidigungszusammenarbeit in der EU wohl eher nicht im Wege stehen.

Des Weiteren zeigt sich, dass die Befürworter einer „Exekutivarmee“ die EU-Verteidigungskooperation und insbesondere die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee stärker unterstützen als die Verfechter einer Parlamentsarmee. Unter Berücksichtigung anderer Erklärungsfaktoren wird jedoch deutlich, dass die Zustimmung zur parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte nur einen marginalen negativen Einfluss auf die Einstellung zur EU-Verteidigungskooperation hat. Die kontrovers geführte politische Debatte, ob der Parlamentsvorbehalt auf dem Weg zu gesamteuropäischen Verteidigungsstrukturen reformiert werden müsse oder andernfalls Gefahr laufe, abgeschafft oder abgeschwächt zu werden, findet in der öffentlichen Meinung also insgesamt nur einen vergleichsweise schwachen Widerhall.

Die ergänzende Auswertung der Umfragedaten von Eurobarometer und ZInfoABw hat ebenfalls interessante Ergebnisse zutage gefördert. Die öffentliche Zustimmung zur GSVP und zur Schaffung einer EU-Armee ist im Betrachtungszeitraum 2013–2018 um 6

Prozentpunkte (GSVP) bzw. 25 Prozentpunkte (EU-Armee) gestiegen. Der öffentliche Zuspruch zur EU-Armee stieg sogar um 23 Prozentpunkte binnen eines Jahres: von 34 Prozent im Jahr 2013 auf 57 Prozent im Jahr 2014. Ein kausaler Zusammenhang mit der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 lässt sich mit den vorliegenden Umfragedaten empirisch allerdings nicht überprüfen. Unabhängig hiervon zeigt die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019, dass eine relative Mehrheit der Deutschen (44 Prozent) davon überzeugt ist, dass die EU der militärischen Herausforderung durch Russland mit einer gemeinsamen Armee besser begegnen könnte. Der Vergleich mit den anderen EU-Mitgliedstaaten ergibt: Die Zustimmung in Deutschland zu einer gemeinsamen europäischen Armee entspricht exakt dem Durchschnitt der EU-28 (55 Prozent Zustimmung, 2017), während der Zustimmungswert zur GSVP (87 Prozent, 2018) sogar der zweithöchste in der ganzen EU ist.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass das positive Meinungsbild in der deutschen Bevölkerung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit als öffentliches Mandat zur Weiterentwicklung der EU im Bereich der Verteidigungspolitik interpretiert werden kann. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die NATO als Verteidigungsbündnis in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert genießt und die Vertiefung der EU-Verteidigungszusammenarbeit als Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO verstanden wird. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen sowie die Sicherheitsinteressen insbesondere der osteuropäischen NATO- und EU-Mitgliedstaaten ist die Diskussion über die „strategische Autonomie Europas“ zum jetzigen Zeitpunkt als eher kontraproduktiv zu bewerten (vgl. Meyer zum Felde 2019). Dementsprechend sollte der weitere Ausbau der EU-Verteidigungszusammenarbeit nicht als der Versuch dargestellt werden, eine Konkurrenz oder Alternative zur NATO schaffen zu wollen, sondern als Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO.

Literaturverzeichnis

- Asmus, Ronald D./Everts, Philip P./Isernia, Pierangelo (2005): The Transatlantic Gap in Public Opinion. In: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 397–424.
- Bardes, Barbara A./Oldendick, Robert W. (1990): Public Opinion and Foreign Policy. A Field in Search of Theory. In: Long, Samuel (Hg.): Research in Micropolitics. London: Jai Press, 227–247.
- Bartels, Hans-Peter (2017): Große Verantwortung, große Möglichkeiten. In: Bartels, Hans-Peter/Kellner, Anna Maria/Optenhögel, Uwe (Hg.): Strategische Autonomie und die Verteidigung Europas: Auf dem Weg zur Europäischen Armee? Bonn: Dietz, 38–58.
- Biehl, Heiko (2012): United We Stand, Divided We Fall? Die Haltungen europäischer Bevölkerungen zum ISAF-Einsatz. In: Langer, Phil C./Pietsch, Carsten/Seiffert, Anja (Hg.): Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 169–186.
- Biehl, Heiko (2018): Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2018. Forschungsbericht 118. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 177–187.
- Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.) (2015): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: Springer VS.
- Bundesministerium der Verteidigung (2016): Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin: Bundesministerium der Verteidigung.
- Burstein, Paul (1998): Bringing the Public Back In: Should Sociologists Consider the Impact of Public Opinion on Policy? In: *Social Forces* 77: 1, 27–62.
- Burstein, Paul (2003): The Impact of Public Opinion on Public Policy: A Review and an Agenda. In: *Political Research Quarterly* 56: 1, 29–40.
- Burstein, Paul (2006): Why Estimates of the Impact of Public Opinion on Public Policy are Too High: Empirical and Theoretical Implications. In: *Social Forces* 84: 4, 2273–2289.
- Chittick, William O./Billingsley, Keith R./Travis, Rick (1995): A Three-Dimensional Model of American Foreign Policy Beliefs. In: *International Studies Quarterly* 39: 3, 313–331.
- Converse, Philip E. (1974): Nonattitudes and American Public Opinion: Comment: The Status of Nonattitudes. In: *The American Political Science Review* 68: 2, 650–660.
- Converse, Philip E. (1987): Changing Conceptions of Public Opinion in the Political Process. In: *Public Opinion Quarterly* 51: 2, 12–24.
- Daehnhardt, Patricia (2018): German Foreign Policy, the Ukraine Crisis and the Euro-Atlantic Order: Assessing the Dynamics of Change. In: *German Politics* 27: 4, 516–538.
- Dembinski, Matthias/Peters, Dirk (2018): Eine Armee für die Europäische Union? Europapolitische Konzeptionen und verteidigungspolitische Strukturen. PRIF-Report 1/2018. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- Ehle, Jürgen (2018): Die Implementierung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) – Sachstand und weiteres Vorgehen. In: *Sirius* 2: 3, 261–264.

- Endres, Fabian (2018): Öffentliche Meinung und strategische Kulturen: Außenpolitische Überzeugungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wiesbaden: Springer VS.
- European Union (2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy. Brüssel.
- Feldman, Stanley (1988): Structure and Consistency in Public Opinion: The Role of Core Beliefs and Values. In: *American Journal of Political Science* 32: 2, 416–440.
- Gliem, Joseph A./Gliem, Rosemary R. (2003): Calculating, Interpreting, and Reporting Cronbach's Alpha Reliability Coefficient for Likert-Type Scales. Forschungsbericht präsentiert auf der 2003 Midwest Research to Practice Conference in Adult, Continuing, and Community Education, Ohio State University, Columbus, Ohio, USA <<https://scholarworks.iupui.edu/handle/1805/344>> (letzter Zugriff: 9.8.2019).
- Graf, Timo (2018): Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Graf, Timo: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsbericht 118. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 37–71.
- Höfig, Chariklia (2015): Meinung oder Methodenartefakt? Zum Einfluss der Antwortskalierung bei der Messung sicherheitspolitischer Einstellungen. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger: Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: Springer VS, 323–348.
- Holsti, Ole R. (1992): Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus. In: *International Studies Quarterly* 36: 4, 439–466.
- Hurwitz, Jonathon M./Peffley, Mark A. (1987): How Are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model. In: *American Political Science Review* 81: 4, 1099–1119.
- Hurwitz, Jonathon M./Peffley, Mark A./Seligson, Mitchell A. (1993): Foreign Policy Belief Systems in Comparative Perspective: The United States and Costa Rica. In: *International Studies Quarterly* 37: 3, 245–270.
- Ipsos (2019): Sicherheitspolitisches Meinungsbild 2019. Methodenbericht. 12. Juli 2019. Berlin: Ipsos GmbH.
- Irondelle, Bastien/Mérand, Frédéric/Foucault, Martial (2015): Public Support for European Defence: Does Strategic Culture Matter? In: *European Journal of Political Research* 54: 2, 363–383.
- Isernia, Pierangelo/Juhász, Zoltán/Rattinger, Hans (2002): Foreign Policy and the Rational Public in Comparative Perspective. In: *Journal of Conflict Resolution* 46: 2, 201–224.
- Jacobs, Lawrence R./Page, Benjamin I. (2005): Who Influences U.S. Foreign Policy? In: *American Political Science Review* 99: 1, 107–123.
- Kamp, Karl-Heinz (2015): Die Europa-Armee: Pro und Kontra. Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 4/2015. Berlin: Bundesakademie für Sicherheitspolitik.
- Karp, Jeffrey A./Bowler, Shaun (2006): Broadening and Deepening or Broadening versus Deepening: The Question of Enlargement and Europe's "Hesitant Europeans". In: *European Journal of Political Research* 45: 3, 369–390.
- Kellner, Anna Maria/Optenhögel, Uwe (2017): Strategische Autonomie für Europa als Friedensmacht. In: Bartels, Hans-Peter/Kellner, Anna Maria/Optenhögel, Uwe (Hg.): Strategische Autonomie und die Verteidigung Europas: Auf dem Weg zur Europäischen Armee? Bonn: Dietz, 13–37.

- Kentmen, Cigdem (2010): Bases of Support for the EU's Common Foreign and Security Policy: Gender, Attitudes toward Economic Integration, and Attachment to Europe. In: *International Political Science Review* 31: 3, 285–299.
- Kernic, Franz/Callaghan, Jean M./Manigart, Philippe (2002): *Public Opinion on European Security and Defense: A Survey of European Trends and Public Attitudes toward CFSP and ESDP*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Koenig, Nicole (2017): *What the French and the Germans Really Think About a European Security and Defence Union*. Policy Paper 214. Berlin: Jacques Delors Institut – Berlin.
- Lippert, Barbara/von Ondarza, Nicolai/Perthes, Volker (2019): *Strategische Autonomie Europas: Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte*. SWP-Studie 2. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Mader, Matthias (2015): Grundhaltungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.): *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde*. Wiesbaden: Springer VS, 69–96.
- Mader, Matthias (2017): *Öffentliche Meinung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zwischen Antimilitarismus und transatlantischer Orientierung*. Wiesbaden: Springer VS.
- McFarland, Sam G. (1981): Effects of Question Order on Survey Responses. In: *Public Opinion Quarterly* 45: 2, 208–215.
- Meyer zum Felde, Rainer (2018): Erfolg und Desaster zugleich. Der NATO-Gipfel in Brüssel und seine Konsequenzen. In: *Sirius* 2: 4, 385–388.
- Meyer zum Felde, Rainer (2019): Was bedeutet „strategische Autonomie Europas“? In: *Sirius* 3: 2, 190–194.
- Norpoth, Helmut/Lodge, Milton (1985): The Difference between Attitudes and Nonattitudes in the Mass Public: Just Measurements. In: *American Journal of Political Science* 29: 2, 291–307.
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y. (1983): Effects of Public Opinion on Policy. In: *The American Political Science Review* 77: 1, 175–190.
- Patrick, Stewart M. (2017): Trump and World Order: The Return to Self-Help. In: *Foreign Affairs* 96: 2, 52–57.
- Peffley, Mark A./Hurwitz, Jonathon M. (1993): Models of Attitude Constraint in Foreign Affairs. In: *Political Behavior* 15: 1, 61–90.
- Peters, Dirk (2014): European Security Policy for the People? Public Opinion and the EU's Common Foreign, Security and Defence Policy. In: *European Security* 23: 4, 388–408.
- Rattinger, Hans/Schoen, Harald/Endres, Fabian/Jungkunz, Sebastian/Mader, Matthias/Pötzschke, Jana (2016): *Old Friends in Troubled Waters: Policy Principles, Elites, and U.S.-German Relations at the Citizen Level After the Cold War*. Baden-Baden: Nomos.
- Risse-Kappen, Thomas (1991): Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies. In: *World Politics* 43: 4, 479–512.
- Rüland, Jürgen (2018): “Principled Multilateralism” versus “Diminished Multilateralism:” Some General Reflections. In: Echle, Christian/Rüppel, Patrick/Sarmah, Megha/Hwee, Yeo Lay (Hg.): *Multilateralism in a Changing World Order*. Singapore: Konrad-Adenauer-Stiftung, 1–12.
- Schoen, Harald (2008): Identity, Instrumental Self-Interest and Institutional Evaluations. Explaining Public Opinion on Common European Policies in Foreign Affairs and Defence. In: *European Union Politics* 9: 1, 5–29.

- Schuman, Howard/Presser, Stanley (1996): Questions & Answers in Attitude Surveys. Experiments on Question Form, Wording, and Context. Thousand Oaks: Sage.
- Sobel, Richard (2001): The Impact of Public Opinion on U.S. Foreign Policy Since Vietnam. New York: Oxford University Press.
- Soroka, Stuart N. (2003): Media, Public Opinion, and Foreign Policy. In: The International Journal of Press/Politics 8: 1, 27–48.
- Steinbrecher, Markus/Graf, Timo/Biehl, Heiko (2019): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2019. Forschungsbericht 122. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Steinbrecher, Markus (2018): Einigkeit macht stark! Erklärung von Einstellungen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzek, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.): Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Wiesbaden: Springer VS, 217–251.
- Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Rothbart, Chariklia (2018): Wachsamkeit als Preis von Sicherheit und Freiheit? Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Bündnisverteidigung. In: Steinbrecher, Markus/Biehl, Heiko/Bytzek, Evelyn/Rosar, Ulrich (Hg.): Freiheit oder Sicherheit? Ein Spannungsverhältnis aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Wiesbaden: Springer VS, 177–216.
- Strack, Fritz (1992): Order Effects in Survey Research: Activation and Information Functions of Preceding Questions. In: Schwarz, Norbert/Sudman, Seymour (Hg.): Context Effects in Social and Psychological Research. New York: Springer, 23–34.
- Wagner, Wolfgang (2005): The Democratic Legitimacy of European Security and Defence Policy. EUISS Occasional Paper 57. Paris: European Union Institute for Security Studies.
- Wittkopf, Eugene R. (1990): Faces of Internationalism: Public Opinion and American Foreign Policy. Durham: Duke University Press.
- Worcester, Robert M./Burns, Timothy R. (1975): A Statistical Examination of the Relative Precision of Verbal Scales. In: Journal of Market Research Society 17: 3, 181–197.

Anhang

Tabelle A1: Operationalisierung der Variablen (1/4)

Variablenname	Indexvariable	Itemformulierung	Rekodierte Werte	Skalenreliabilität (Cronbachs alpha)
Atlantizismus	Nein	Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. <ul style="list-style-type: none"> In außenpolitischen Fragen sollte Deutschland in Übereinstimmung mit den USA handeln. 	0: Lehne völlig ab 0,25: Lehne eher ab 0,5: Teils/teils 0,75: Stimme eher zu 1: Stimme völlig zu	-
Internationalismus	Nein	Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. <ul style="list-style-type: none"> Deutschland sollte eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen. 	0: Lehne völlig ab 0,25: Lehne eher ab 0,5: Teils/teils 0,75: Stimme eher zu 1: Stimme völlig zu	-
Militarismus	Ja	Und was meinen Sie, welche Mittel sollte Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen? <ul style="list-style-type: none"> Militärische Kooperationen Waffenlieferungen an befreundete Staaten Kampfeinsätze der Bundeswehr Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr Ausbildungseinsätze der Bundeswehr 	0: Lehne völlig ab 0,25: Lehne eher ab 0,5: Teils/teils 0,75: Stimme eher zu 1: Stimme völlig zu	0,78
Multilateralismus	Nein	Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. <ul style="list-style-type: none"> Bei einer internationalen Krise sollten sich Deutschland und seine Verbündeten auf eine gemeinsame Haltung einigen. 	0: Lehne völlig ab 0,25: Lehne eher ab 0,5: Teils/teils 0,75: Stimme eher zu 1: Stimme völlig zu	-
Verbundenheit: Deutschland EU	Nein	Im Folgenden geht es um Ihre Verbundenheit mit verschiedenen geografischen und politischen Einheiten. Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit ... <ul style="list-style-type: none"> Deutschland der Europäischen Union 	0: Überhaupt nicht verbunden 0,25: Eher nicht verbunden 0,5: Etwas verbunden 0,75: Eher verbunden 1: Sehr verbunden	-

Tabelle A1: Operationalisierung der Variablen (2/4)

Variablenname	Indexvariable	Itemformulierung	Rekodierte Werte	Skalenreliabilität (Cronbachs alpha)
Persönliche Haltung zur Bundeswehr	Ja	<p>Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr? Ist diese ... 1: Sehr positiv; 0,8: Positiv; 0,6: Eher positiv; 0,4: Eher negativ; 0,2: Negativ; 0: Sehr negativ</p> <p>Einmal ganz allgemein gefragt: Hat die Bundeswehr bei Ihnen persönlich ein ... 1: Hohes Ansehen; 0,75: Eher hohes Ansehen; 0,5: Teils/teils; 0,25: Eher geringes Ansehen; 0: Geringes Ansehen</p> <p>Vertrauen Sie den folgenden Einrichtungen und Organisationen oder vertrauen Sie ihnen nicht? ▪ Bundeswehr 1: Vertraue voll und ganz; 0,8: Vertraue überwiegend; 0,6: Vertraue eher; 0,4: Vertraue eher nicht; 0,2: Vertraue überwiegend nicht; 0: Vertraue überhaupt nicht</p>	0: Sehr negativ - 0,5: Ambivalent - 1: Sehr positiv	0,89
Leistung der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen	Nein	<p>Wie beurteilen Sie die folgenden Punkte? Bewerten Sie diese sehr positiv, eher positiv, teils/teils, eher negativ oder sehr negativ? ▪ Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Ausland</p>	0: Sehr negativ 0,25: Eher negativ 0,5: Teils/teils 0,75: Eher positiv 1: Sehr positiv	-
Einstellung zu Deutschlands NATO-Engagement	Ja	<p>Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. ▪ Deutschland sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig in der NATO engagieren. ▪ Deutschland muss auch weiterhin der NATO angehören, um seine Sicherheit zu gewährleisten.</p>	0: Lehne völlig ab 0,25: Lehne eher ab 0,5: Teils/teils 0,75: Stimme eher zu 1: Stimme völlig zu	0,76
DEU sollte gegenüber USA selbstbewusster auftreten	Nein	<p>Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. ▪ Deutschland sollte seine Interessen gegenüber den USA selbstbewusster vertreten.</p>	0: Lehne völlig ab 0,25: Lehne eher ab 0,5: Teils/teils 0,75: Stimme eher zu 1: Stimme völlig zu	-

Tabelle A1: Operationalisierung der Variablen (3/4)

Variablenname	Indexvariable	Itemformulierung	Rekodierte Werte	Skalenreliabilität (Cronbachs alpha)
Außenpolitik der USA gefährdet NATO	Nein	Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Verhältnis zu den USA. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. <ul style="list-style-type: none"> Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA gefährdet den Zusammenhalt der NATO. 	0: Lehne völlig ab 0,25: Lehne eher ab 0,5: Teils/teils 0,75: Stimme eher zu 1: Stimme völlig zu	-
Russland bedroht Deutschlands Sicherheit	Ja	Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Verhältnis zu Russland. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. <ul style="list-style-type: none"> Das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine bedroht die Sicherheit Deutschlands. Das militärische Vorgehen Russlands in Syrien bedroht die Sicherheit Deutschlands. Die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands ist eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands. 	0: Lehne völlig ab 0,25: Lehne eher ab 0,5: Teils/teils 0,75: Stimme eher zu 1: Stimme völlig zu	0,84
Zustimmung zur parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehr	Ja	Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. <ul style="list-style-type: none"> Die Bundesregierung sollte in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können. Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sollten nur mit Zustimmung des Bundestags in Einsätze entsendet werden. 	0: Lehne völlig ab 0,25: Lehne eher ab 0,5: Teils/teils 0,75: Stimme eher zu 1: Stimme völlig zu Die Frage „Die Bundesregierung ...“ wurde umgekehrt kodiert.	0,62
Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU	Nein	Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in der Europäischen Union besteht? Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, teils/teils, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?	0: Sehr unzufrieden 0,25: Eher unzufrieden 0,5: Teils/teils 0,75: Eher zufrieden 1: Sehr zufrieden	-
Interesse an Verteidigungspolitik	Nein	Und wie stark interessieren Sie sich für Verteidigungspolitik?	0: Gar nicht 0,25: Wenig 0,5: Mittel 0,75: Eher stark 1: Sehr stark	-

Tabelle A1: Operationalisierung der Variablen (4/4)

Variablenname	Indexvariable	Itemformulierung	Rekodierte Werte	Skalenreliabilität (Cronbachs alpha)
Interesse an Politik	Nein	Wie stark interessieren Sie sich im Allgemeinen für Politik?	0: Gar nicht 0,25: Wenig 0,5: Mittel 0,75: Eher stark 1: Sehr stark	-
Wahlabsicht AfD	Nein	Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche der folgenden Parteien würden Sie dann wählen? ▪ AfD	1: AfD 0: Andere Parteien, keine Wahlpräferenz, nicht wahlberechtigt	-
EU-Verteidigungszusammenarbeit	Ja	Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. ▪ Die EU sollte eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben. ▪ Die EU sollte eine gemeinsame europäische Armee haben. ▪ Die EU sollte als eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur auftreten.	0: Lehne völlig ab 0,25: Lehne eher ab 0,5: Teils/teils 0,75: Stimme eher zu 1: Stimme völlig zu	0,71

Zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr:

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) mit Sitz in Potsdam betreibt militärsoziologische, militärhistorische und sicherheitspolitische Forschung.

Der vorliegende Forschungsbericht untersucht die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland zu verschiedenen Aspekten der europäischen Verteidigungszusammenarbeit in der Europäischen Union. Grundlage hierfür ist die alljährliche Bevölkerungsbefragung des ZMSBw. Die detaillierte Auswertung der ZMSBw-Umfragedaten wird ergänzt durch die deskriptive Darstellung der Ergebnisse anderer relevanter Bevölkerungsbefragungen. Untersucht werden: (1) die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu verschiedenen Aspekten der europäischen Verteidigungszusammenarbeit, wenn möglich im Zeitverlauf; (2) Meinungsunterschiede zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen sowie den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung; (3) die Determinanten der Einstellung zur EU-Verteidigungszusammenarbeit. Besondere Aufmerksamkeit wird der öffentlichen Meinung zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee geschenkt.

Autor:

Dr. Timo Graf, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.